

# BRITANNIA

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

# Weg mit Kohl und Kapital



Hans Peter  
Eckert  
24.6.85

Ein schönes Gruselkabinett haben wir: Fast die ganze Regierung steht vor dem Kadi, seit neuestem Postminister Schwarz-Schilling wegen Umweltsaurelen während seiner Zeit als Geschäftsführer bei „Sonnenschein“; Regierungssprecher Boenisch wegen Steuerhinterziehung; Wirtschaftsminister Lambsdorff wegen Bestechlichkeit. Innenminister Zimmermann hat seine Verhandlung wegen Meineids ja schon hinter sich.

Nicht viel weniger „kriminell“ sind die politischen Leistungen, zum Beispiel — das geplante Betriebsverfassungsgesetz, das zu nichts anderem dient als die DGB-Gewerkschaften zu schwächen — die „Beschäftigungsförderung“, besser bekannt als das „Heuer-und-Feuer-Gesetz“.

Aber, entgegen allen Gerüchten, mit uns kann man nicht alles machen. Nach letzten Umfragen ist die Sympathie für Kanzler Kohl auf Null gesunken, und auch die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und an der Saar sprechen eine deutliche Sprache. Nach erst zwei Jahren hat die Regierung gründlich abgewirtschaftet, und das während des wirtschaftlichen Aufschwungs: Kein Problem wurde gelöst: Nicht die Arbeitslosigkeit, nicht die Umweltprobleme. Was soll erst werden, wenn jetzt die nächste Krise beginnt?

Das fragen sich auch Kapital und Regierung. Sie stehen vor einer unlösbaren Aufgabe: Die Gewinne der Unternehmer zu stei-

gern, ohne die Arbeiter gegen sich aufzubringen.

Mehrere Sündenböcke werden uns angeboten: Kohl meint, Herrn Boenisch sei es einfach nicht gelungen, die Verdienste der Regierung ins rechte Licht zu rücken; CSU, FDP und auch CDU-Leute schieben alles auf Kohls „Führungsschwäche“ und diskutieren seine Ablösung.

Aber egal, ob der Kanzler im Herbst Kohl, Stoltenberg, Späth oder gar von Weizsäcker heiligt (wie die Bild-Zeitung vorschlägt): Auch diese Regierung wird eine Regierung des Kapitals sein und sich in dem gleichen Dilemma befinden wie die jetzige, d.h. sie wird angesichts der Krise mit der Peitsche, angesichts der kommenden Wahlen mit dem Zuckerbrot arbeiten.

Jetzt ist es an der Zeit, daß die SPD beginnt, sich auf Neuwahlen vorzubereiten und dafür mobilisiert, mit einem sozialistischen Programm!

Barbara Kirschbaum, Köln  
Jungsozialistin

## Siemens 20 Mrd — wohin?

Das ist so eine Sache mit der Vernunft. Was für den einen vernünftig ist, ist es für den anderen noch lange nicht.

Karlheinz Kaske, Siemens-Vorstandschef, hat große Probleme: er weiß nicht wohin mit 20 Milliarden DM. Eine vernünftige Verwendung der Gelder ist mir bisher noch nicht vor die Flinte gekommen,“ sagte er auf der Siemens-Hauptversammlung im März 1984.

Die 850 Mitarbeiter der Siemens-Tochterfirma Trafo-Union in Stuttgart, die jetzt „aus Kostengründen“ geschlossen werden soll, hatten da schon einige Ideen.

Nicht, daß sie vorgeschlagen hätten, Siemens solle ihnen doch die 23,5 Millionen DM pro Kopf zur Verfügung stellen, damit sie etwas Vernünftiges damit anstellen können.

Nein, ihnen gehtes darum, ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Sie entwickelten alternative Produkte und zeigten, daß noch jahrelange Arbeit erforderlich sei, um die Dioxin-haltigen Transformatorn, die zum Beispiel in jedem Stüttgarter Hausstrahl eingebaut sind, gegen ungiftige auszuwechseln.

Ähnlich geht es auch bei der Firma Hoechst zu, deren Gewinne im Geschäftsjahr 1984 um 35,2% gestiegen sind im Vergleich zum Vorjahr, und für 1985 wird ein noch größerer Gewinn erwartet.

Am 4. Juni 1985 drohte der Vorstands-Vorsitzende des Konzerns, Herr Sammet: Man ziehe in Erwägung, aus Hessen abzuwandern, wegen der zu erwartenden härteren Umweltauflagen und Genehmigungsverfahren, d.h. wegen der zu erwartenden

höheren Kosten.

Klar. In diesem System ist vernünftig, was Profit bringt. Nur so kann der einzelne Unternehmer hoffen, sich gegen die Konkurrenz durchzusetzen. Alle Apelle an die Unternehmer, doch Einsicht zu zeigen, soziale Verantwortung zu tragen, sind also zum Scheitern verurteilt, solange unsere Wirtschaft nach dem Prinzip der „freien“ oder „sozialen“ Marktwirtschaft organisiert ist.

Was nötig ist, damit die Vernunft zu ihrem Recht kommt: — demokratische Planwirtschaft statt Konkurrenzprinzip — Gemeineigentum statt Privateigentum an Produktionsmitteln — Produktion im Interesse aller Menschen statt im Profitinteresse.

Ursel Beck, Stuttgart  
Jungsozialistin

Brüsseler Fußballtragödie — Ergebnis der

# Gesellschaft im Untergang

Im Gegensatz zu den bürgerlichen Medien, die ein großes Sensationsfressen daraus gemacht haben, müssen wir die Ereignisse in Brüssel mit Augenmaß betrachten.

Unsere Mai-Ausgabe hat die deutsche „Kollektivschuldthese“ abgelehnt, und auch jetzt akzeptieren wir keine solche dumme Einstellung gegenüber jedem Fußballfan aus England oder anderswo.

## Faschisten

Wie der Liverpooler Labour-Abgeordnete Eric Heffer schon gesagt hat: Die Leute sind tot, weil eine Mauer umgefallen ist, nicht etwa weil jemand sie umbringen wollte. Tatsache ist, daß es nicht einmal in der Absicht der Rowdys lag, Menschen zu töten. Die mangelnde Sicherheit war ein wichtiger Faktor, der zur Katastrophe führte. Die Polizeikräfte, die sonst bei linken Veranstaltungen immer sofort da sind, bewiesen in Brüssel, daß sie ihre Rolle als Schützer der Massen nicht erfüllen können und wollen. Sie sind Beschützer einer verkommnen Gesellschaftsform.

Es ist schon merkwürdig, daß gerade die Liverpooler Fans an dieser Katastrophe beteiligt waren, stehen sie doch in England in dem Ruf, treue, aber friedliche Fans zu sein. Neu war es, daß Londoner Faschisten eine Einmischung planten. Diese Tatsache wurde sowohl von Journalisten als auch vom FC-Liverpool-Manager bestätigt. Er wurde selbst von Faschisten bedroht und erklärte: „Die haben das Desaster vor geplant und ausgelöst...“ Bei Beginn der Krawalle warfen britische Faschisten mit Hetzparolen

beschriftete Flugblätter auf das Spielfeld und sangen die nationalistische Hymne „Rule Britannia“. Gegenüber standen mit Eisenstangen bewaffnete italienische Faschisten.

Die englische Presse hat die Rolle der Faschisten unter dem Teppich gekehrt. In der Absicht, Thatcher's „Law-and-Order“-Politik zu fördern. Thatcher will dem Polizeiapparat neue Machtbefugnisse erteilen, unter dem Vorwand, die Sicherheit in den Städten zu verbessern, aber mit der Absicht, bei Konfrontationen mit der Arbeiterbewegung die umstrukturierten Polizeiaparat gegen die Massen einzusetzen.

Sicher haben die Gewalt, die Kriminalität und das Rowdium zugenommen, aber die Ursache dafür wollen Thatcher und ihre Presse lieber verdrängen, da die

se auf ihre Sozialpolitik zurückweist. Die einzige Antwort von den Konservativen auf die Unzufriedenheit ist wachsende Unterdrückung. Der Chettheoretiker und Minister der konservativen Regierung, Rhodes Boyson, behauptete, daß diese Gewalttaten „parallel zur Zahl der Sozialarbeiter zugenommen“ haben. Soziale Neanderthaler regieren das Land!

Der Niedergang des kapitalistischen Wirtschaftssystems hat aber in Großbritannien nicht gerade erst begonnen. Die echte Zahl der Arbeitslosen liegt bei 4 Millionen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in den Großstädten besonders hoch. Trotz des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gibt es in Großbritannien 8000 Millionäre. Thatcher benutzt diese Verhältnisse, um die Löhne niedrig zu halten. Die Obdachlo-

senzahl stieg um 50 % im letzten Jahr. Trotz dieser Verhältnisse haben die Konservativen einen Plan vorgelegt, der die totale Demontage des Wohlfahrtsstaates bedeutet.

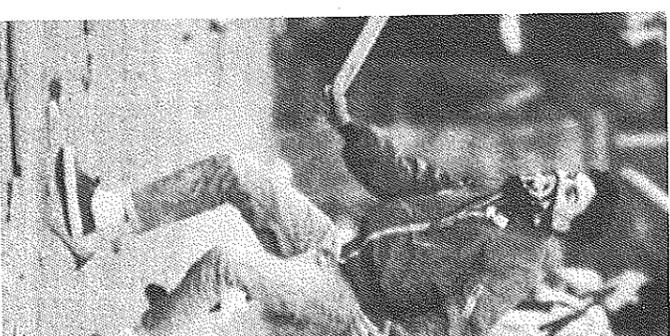
Unter diesen sozialen Bedingungen einer Gesellschaft im Untergang sind Kämpfe und Unruhen unvermeidlich. Die Frage ist, ob diese Kämpfe positiver Art sind wie Streiks etc., oder negativer Art wie in Brüssel. Eine Menge von hochmoralischen Appellen kleinbürgerlicher Liberaler an die Rowdys, nett zueinander zu sein, entfremdet sie weiter. Wie können sich gut verdienende Politiker, Journalisten oder Soziologieprofessoren die Alltagsexistenz ohne Job, ohne Geld und ohne Respekt, die Verhältnisse in Slums, vorstellen? Der Führer der britischen Liberalen predigt: „Wir können nicht weiterhin britische Brutalität exportieren“. Das jetzt — nach dem Falklandkrieg, nach 200 Jahren britischem Imperialismus! Was für eine Heuchelei!!!

Verbrechen, Rassismus, Terrorismus, Drogen, Rowdium haben alle die gleiche Wurzel: eine perspektivlose Gesellschaft.

## Revolutionäre Perspektive

Nur die Arbeiterbewegung kann die Jugendlichen aus der Sackgasse führen, aber erst muß sie ein glaubwürdiges, sozialistisches Programm vertreten und grundlegende Umwälzungen dieser verrotteten Gesellschaft hin zu einer revolutionären Perspektive fördern. Der von Marxisten geführte Liverpooler Stadtrat hat damit schon begonnen. Dieser ist der einzige Stadtrat Englands, der wirklich Reformen durchführt, der neue Arbeitsplätze schafft, neue Sozialwohnungen, eine Ausbildungsreform, neue Lehrstellen mit Tariflohn geschaffen hat.

Aber um diese Reformen durchzuführen, mußte die Liverpooler Labour Party revolutionäre Methoden benutzen: 2 Generalarbeits und Massenmobilisierung der Bevölkerung gegen Thatcher waren dafür nötig. Die-



Italienischer Faschist

se Genossen der „Militant Tendency“ der LP sind die einzigen, die einen Sieg über Thatcher erwarten haben. Das ist ein Beispiel für die Labour-Führung!

Jetzt planen sie einen offiziellen Besuch in Turin, um eine positive Zusammenarbeit mit den italienischen Kollegen zu schaffen. Um die Kräfte und das Talent der Jugendlichen positiv zu kanalisieren, haben die LP-Jungsozialisten eine große Verantwortung: Sie müssen eine Massenbewegung der Jugendlichen aufbauen. Während des Bergarbeiterstreiks haben sie in vielen Orten die führende Rolle gespielt und viele junge Bergarbeiter gewonnen. Trotz der Erfolge werden die Marxisten in der Labour Party von der Führung geladelt. Diese fürchtet wohl um ihr Image. Doch für die Jugendlichen sind die „Sozialpartnerschaft“ und der Reformismus ohne Reformen ein schlechter Witz. Sie wollen Arbeit, anständige Bedingungen und Sicherheit — alles Dinge, die der Kapitalismus nicht mehr garantieren kann.

Rosa Luxemburg hat einmal gesagt, daß die Zukunft entweder Sozialismus oder Barbarei bringt. Die Barbarei haben wir jetzt in Brüssel kennengelernt. Jetzt wollen wir den Sozialismus.

**Brent Kennedy und Salvatore Pichireddu, Köln  
Jungsozialisten**

# KAMPFENDS

## Sozialistische Hilfe

Jede Wbche bringt die Presse Bilder und Berichte über irgendwelche Umwelt-, Natur- oder Hungerkatastrophen. Sie sollen den Bevölkerung auf der nördlichen Erdhalbkugel erstens ein schlechtes Gewissen einreden, weil es uns im Vergleich „doch so gut geht“, und zweitens durch Aufrufe zu „humanitären Spenden“ die wahren Verantwortlichen für solche Krisen verschleiern. Wir sollen doch heilfrohen sein, daß wir zufällig hier geboren wurden und nicht dort!

Dabei ist es keine Frage des Schicksals. Der Austausch zwischen den Industrieländern und der 3. Welt, der sich auch „Entwicklungshilfe“ nennt, findet nicht im Sinne der gegenseitigen solidarischen Unterstützung statt. Er hat ja nur ein Ziel: die ca. 500 größten Multis der Welt zu bereichern. Obendrein wollen sie uns weismachen, daß die Entwicklungshilfe ihr persönlicher Beitrag, sozusagen ihre Spende an die leidenden Völker der 3. Welt wäre! Dabei ist Entwicklungshilfe für sie, als wenn sie in einen Spielautomaten oben DM 1,- reinwerfen und unten kommen DM 10,- wieder raus!

Auf der anderen Seite zeigt sich bei jeder größeren Katastrophe, wie spendenbereit die Arbeiter hier in Europa sind. In der BRD z.B. kamen innerhalb weniger Wochen mehrere Hunderttau-

send DM für die hungernden Massen in Äthiopien zusammen. Aber wer kann da sicher sein, daß sein Geld - wegen der ganzen Korruption, die mit der Armut in den betroffenen Ländern einhergeht - überhaupt ankommt? Wäre es da nicht viel sinnvoller, das Geld an VORAN zu spenden, die für die Beseti-

gung des Profitsystems weltweit und für seine Ersetzung durch eine sozialistische Demokratie kämpft?

Deshalb appellieren wir an unsere Leser, sich ganz besonders anzustrengen, wenn wir auch nur annähernd an unser Ziel für das 1. Halbjahr 85 herankommen wollen. Zum 31.5.85 hatten wir ja nur 52 % erreicht, d.h. DM 12.935,-, und obwohl sicher noch einiges in der Pipeline ist, werden wir's nicht ohne größere Opfer schaffen.

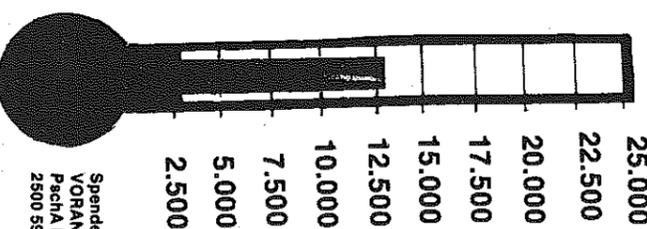
Hier einige Aktivitäten zugunsten unseres Kampffonds, die besonders erfolgreich waren:

„Bierkasse“, Aachen DM 40,-; Leser-treffen, auch in Aachen DM 59,38; Verkauf von Buttons durch Leser in Bremerhaven DM 120,-; NRW-Wahlwette in Duisburg DM 67,-; Marathon-Lauf in Hamburg DM 480,-; Lesertreffen, auch in Hamburg DM 90,20; Haarschneiden in Köln DM 40,- und Broschürenverkauf DM 50,50; Verlosung eines Bildbands in Stuttgart DM 100,-; KF-Essen, organisiert durch eine Wiesbadener Leserin DM 105,-.

Außerdem haben VORAN-Leser insgesamt DM 985,09 auf dem USY-Treffen in Luxemburg für den Kampffonds eingenommen!

Diese Beispiele sind durchaus nachahmenswert und lassen sich durch wenige Leser in jedem Ort organisieren!

F. Garvie, Redaktion Köln



# LESERBRILLEN

Liebe Genossen,

„Unsere Regierung“, unsere vom Volk gewählte CDU-Regierung müssen wir loben. Denn sie hat das Rentenalter auf 45 Jahre herabgesetzt — ab 1986 für Offiziere. Die Gewerkschaften sollten jetzt nicht mehr mit dem Rentenanter für 60-jährige liebäugeln, sondern das für unser Volk durchsetzen, was Herr Wörner für seine Offiziere durchgesetzt hat.

Sie haben sich verdient gemacht, weil sie sich 40-45 Jahre alte Sätze von Vorgesetzten anhören, fast nie arbeiten, grüne Punkte sammeln, um befördert zu werden. Um schnell nach oben zu steigen - auf A 15 doch wenigstens! - brillen sie nur „Ja-woll“, 8 Stunden am Tag.

Mit 45 Jahren als Oberst! mit A 13 /15 in Pension gehen Steuerfrei DM 42.000,- Abfindung kassieren. Ja, um sich dann auf folgende Anzeige im Wochenspiegel bewerben, um noch 15 Jahre dem Volk das Brot zu nehmen. Beim Bund werden Arbeitsplätze frei. In der Wirtschaft schafft man neue für sie. Die Voraussetzung wurde von den Steuerausbeholdern für unsere Vater-

landsverteidiger gezahlt (s. EDV usw.).

Ein pensionierter Offizier darf unbegrenzt hinzuverdienen, ein Rentner nur DM 1.000,- mit 65 Jahren. Mit 65 Jahren, sehr wohl, damit er seine Beerdigung auch zahlen kann, denn schließlich stirbt man nicht mit Schulden. Oder?

Die Offizierspension zahlen wir Arbeiter von unseren Steuern. Sie drücken unser Gehalt mit ihrer Pension, machen keinen Arbeitsplatz frei für uns!

Also Genossen, was Herr Wörner uns mit seinem Stab Bundeswehr vorerzählt, soll uns und unserer Gewerkschaft Vorbild sein. Durchsetzen, Genossen!

Angelica Hanisch-Meyer, Köln

## Freie Mitarbeit

SIE SIND

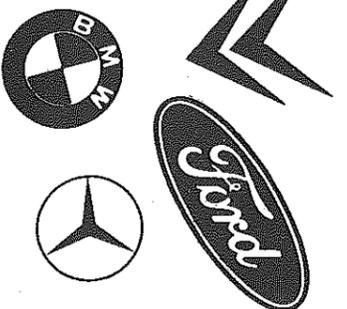
— ehrenamtlicher Offizier oder qualifizierter Fachmann mit abgeschlossener gewerblicher oder kaufmännischer Ausbildung.

WIR BIETEN

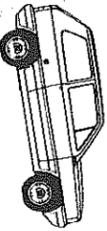
— Bezahlung unserer EDV-Maschinen in Ihrem Heim zur Unterstützung unserer Stimmopernals.

Bitte rufen Sie unseren Personalsbereich unter der Tel.-Nr. 02 21 / 37 01-574 an. LEYBOLD-HERAUS GMBH, Bonner Straße 48b, 5000 Köln 51

# Krieg bis aufs Messer

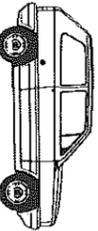


Aufgrund ihrer derzeitigen Auftragslage tätigen VW und BMW im Laufe dieses Jahres einige tausend Neueinstellungen. Gleichzeitig gibt es Werksneubauten in Billiglohnländern und stillgelegte Werke werden wieder in Betrieb genommen. Das ganze wird dann als Druckmittel — Verlagerung — gegen die Arbeiter benutzt. Es werden Kapazitäten geschaffen beziehungsweise bestehende voll ausgenutzt, obwohl die Firmenleutungen die negativen Prognosen für die nächsten 10 Jahre und darüber hinaus genau kennen.



Denn daß in nicht allzuferner Zukunft die Neuzulassungen stagnieren werden, müßte wohl jedem klar sein. Das führt zu einer totalen Marktsättigung, wie es sie schon in anderen Bereichen gibt.

Aber die vielgepriesene „freie Marktwirtschaft“ mit ihrem Konkurrenzdruck läßt den Firmen oft gar keine andere Möglichkeit als zu investieren. Daß die Unternehmer die Zeichen der Zeit erkennen haben, erkennt man an der immer aggressiveren Werbung, mit der die Produkte an den Mann bzw. die Frau gebracht werden sollen. Ein führender Ma-

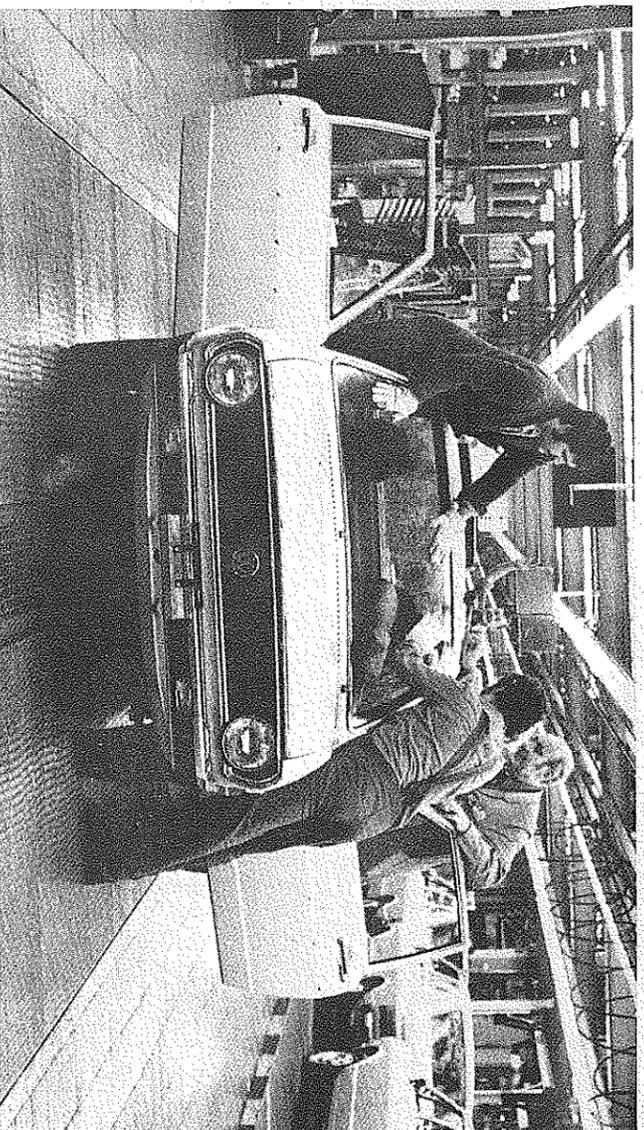


weillich. Das erste Opfer zeichnet sich schon ab: Renault will bis 1986 21.000 Arbeiter entlassen.

Wie soll es aber dann mit dem Rest der Wirtschaft aufwärts gehen, wo doch die Autoindustrie immer als Motor und Zugpferd der gesamten BRD-Industrie bezeichnet wird? Haben doch bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler für Ende 85/Anfang 86 den Beginn der bisher größten Weltwirtschaftskrise seit Ende des zweiten Weltkriegs angekündigt?

Aufgrund dieser Situation fordern wir die Verstaatlichung der Automobilindustrie und der 200 größten Konzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle zur Durchführung der Planwirtschaft, um damit die Überkapazitäten abzubauen und statt auf Halde zu produzieren etwas anderes herzustellen.

**Bernd Rings, Köln  
Ford-Vertrauensmann**



Wieviel Arbeitsplätze bleiben?

Mit der Zahl der Arbeitslosen steigt auch die der Sozialhilfeempfänger stetig, obwohl nur 41% ihr Recht wahrnehmen und Sozialhilfe beantragen.

Die Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger ein „menschenwürdiges Leben“ zu sichern.

Die Waren und Leistungen, die ein Bedürftiger zum notwendigen Lebensunterhalt benötigt, hat der „Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge“ im Jahr 1970 in dem sogenannten Warenkorb festgelegt. Dazu zählen Waren und Leistungen für Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und die Möglichkeit, am kulturellen Leben teilzunehmen. Das bedeutet: Eine halbe Kinokarte im Monat, 30 Gramm Wurst pro Tag, 60 Gramm Seife pro Woche, eine Glühbirne im Jahr.

# 30 Gramm Wurst

Der Regelsatz für den Haushaltsvorstand beziehungsweise Alleinstandenden liegt bei 358 DM im Monat (Hessen, Stand 1984). Für Kinder oder Haushaltsangehörige bis zum

7. Lebensjahr: 161 DM  
11. Lebensjahr: 233 DM  
15. Lebensjahr: 269 DM  
21. Lebensjahr: 322 DM  
22. Lebensjahr: 286 DM

von Mehrbedarfszuschläge 20% des Regelsatzes bekommen u.a. werdende Mütter und Alleinerziehende mit 2 Kindern. 1984 wurden die Regelsätze um 5% erhöht, obwohl mindestens 30% zum Ausgleich der Preissteigerungsrate angebracht gewesen wären.

Sozialhilfe bekommt, wer nach dem Gesetz „bedürftig“ ist. Es werden aber die Einkommen der Kinder bzw. deren Eltern, Ehepartner, ja sogar das der Großel-

tern miteinbezogen. Arbeitslose können Sozialhilfe beantragen, wenn die Leistungen des Arbeitsamtes unter dem Regelsatz der Sozialhilfe liegen. Wer Sozialhilfe bezieht, kann zu sogenannten gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden. Er/sie bekommt eine und schreibt 1.00 bis 3.00 DM Stundenlohn! Aber ohne Sozialversicherungsbeiträge, ohne Arbeitsverträge, ohne Mithbestimmungsrechte und jederzeit kündbar. Wer sich weigert, dem können Teile der Sozialhilfe gestrichen werden.

Mögliche Gründe Bedürftiger, auf die Antragstellung für Sozialhilfe zu verzichten, sind unter anderem: Stolz oder Scham, Angst, daß Angehörige vom Sozialamt zur Kasse „gebeten“ werden, Angst vor der Diskriminierung durch die Umwelt, Unkenntnis



# Keine Kohle

Im März dieses Jahres, kurz nach Ende des britischen Bergarbeiterstreiks, kam der Plan auf den Tisch: Die Generaldirektion Energie der EG will im europäischen Bergbau bis 1990 mindestens 100.000 Arbeitsplätze einfaches wegstreichen; weitere 50.000 Entlassungen sollen folgen. Heute gibt es 435.000 Bergarbeiter im EG-Bergbau, es wäre also ein Verlust von über 30%.

So fix können sie sein, diese Beamten der kapitalistischen Bürokratie. Sie wollen den Kahlbau im europäischen Bergbau. Ganz in europäischen Ländern, vor allem in der Bundesrepublik.

Im Kohlerevier Aachen würden nach dem Plan alle 12.300 Arbeitsplätze (Eschweiler Bergwerksverein EBV und Sophia-Jacobia) wegfallen. In diesem Gebiet beläuft sich die Arbeitslosigkeit schon auf über 13%. Wenn man dann noch die vielen vom Bergbau abhängigen Betriebe dazurechnet, wäre das ein Verlust von insgesamt 30.000 Arbeitsplätzen allein in Aachen und Umgebung!

Dies soll nicht deshalb geschehen, weil weniger Kohle gebraucht wird. Im Gegenteil. Die EG-Bürokraten planen selbst noch eine Steigerung des Kohleverbrauchs mit ein. Das meiste soll aber als billige Kohle importiert werden, vor allem aus Südafrika, wo wegen der großen Ausbeutung der schwarzen Arbeiter zu Dumpingpreisen produziert wird.

Viele Arbeiter im Aachener Revier ahnen schon, was auf sie zukommt. Doch die Spitze der IG Bergbau und Energie gibt keine vernünftigen Antworten auf die Fragen der Arbeiter. Sie bezeichnen den Plan als „Beamten-Machwerk“, das noch keinerlei praktische Bedeutung habe. Hat die IGBE-Spitze aus dem

# am Tag

über ihre Rechte, die Angst erwerbsloser Ausländer aus Nicht-EG-Ländern, bei Bezug von Sozialhilfe ausgewiesen zu werden. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger haben keine Lobby. Deshalb müssen sich die Gewerkschaften massiv für diese Menschen einsetzen und sie miteinbeziehen, damit die Kraft dieser Millionen nicht nutzlos verpufft oder brachliegt. Solidarität der Noch-Beschäftigten mit den Schon-Arbeitslosen ist unerläßlich. Die ersten Schritte zur Verbesserung der Situation müssen sein:

— die Verteilung der Arbeit auf alle  
— garantiertes Mindesteinkommen von 1500 DM für alle.

**Regine Neumann, Wiesbaden  
Jungsozialistin**

britischen Bergarbeiterstreik nichts gelernt? Dort wurde auch immer gesagt, daß die Kohlebehörde nichts beschlossen hätte und daß überhaupt nichts passieren könnte, bevor nicht die ganze Welt darüber diskutiert hat. Doch die Kohlebehörde handelt nur nach ihren geheimen Plänen. Und genau dasselbe spielt sich in der EG ab.

Die Bosse wissen genau, was sie wollen, und die Diskussion nach Bekanntwerden des EG-Plans war für sie ein Test, ob die Arbeiter kämpferisch reagieren oder nicht.

## Klassenkämpfe

Die Arbeiter werden im Zeichen der kapitalistischen Krise nicht einfach zusehen, wenn ihre Existenz bedroht wird. Das Aachener Revier wird sich in den nächsten Jahren zu einem Pulverfaß entwickeln, es wird hier harte Klassenkämpfe geben. Wir müssen den Arbeitern heute schon sagen: Die Kohle, die ihr produziert, wird gebraucht. Es ist möglich, nicht nur eure Arbeitsplätze zu erhalten, sondern dabei noch einen besseren Lebensstandard zu garantieren.

Die Einführung der 4-Tage-Woche — als erste Etappe für noch viel drastischere Arbeitszeitverkürzungen — ist heute unbedingt notwendig.

Um dies alles abzuzuschern, ist es aber nötig, daß die ganze Wirtschaft in die Hände der Arbeiter übergeht, um bei optimalem Einsatz aller technischen Mittel die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Denn das Privatigentum an Produktionsmitteln, die Konkurrenz zwischen eigensüchtigen Kapitalisten ist verantwortlich für das Chaos und die wachsende Armut.

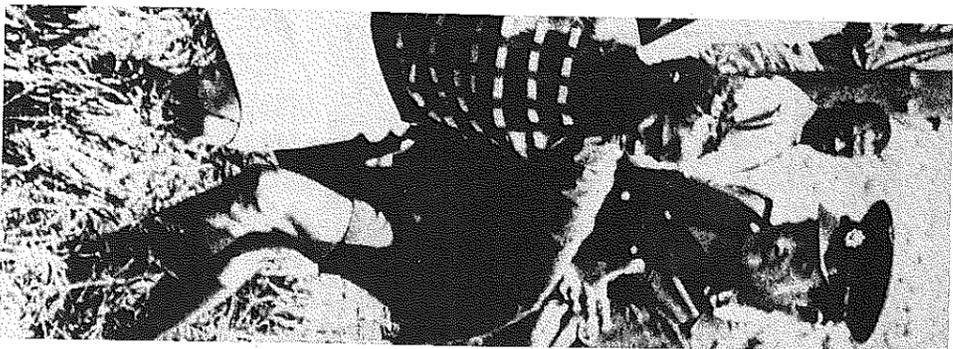
**Bruno Hof, Aachen  
Jungsozialist**

Ammerkung der Redaktion

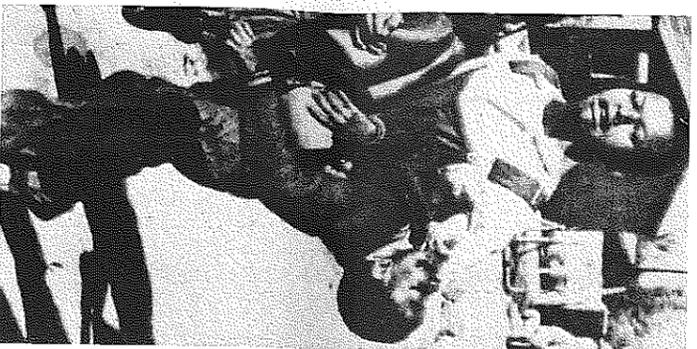
Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die Meldung: Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 Jahren und Hilfeempfänger über 60 Jahre erhalten ab 1. 7. einen 20%igen Zuschlag, und durch die Neufassung des Warenkorbes werden die Erhöhungsbeträge bei rund 100 DM monatlich liegen.

Hört sich ja toll an, aber in konkreten Zahlen kriegt der obige Alleinerziehende jetzt 622,80 DM. Auch davon bleibt nach Zahlung der Miete nicht mehr viel, besonders da ja alle Preise in der Zwischenzeit gestiegen sind.

Diese „Verbesserung“ der Sozialhilfe verdanken wir dem Umstand, daß die nächsten Wahlen in Niedersachsen und dann 1987 bundesweit vor der Tür stehen.



Streik 1974



Soweto 1976

**Die Belagerung von Schwarzeniedlungen durch Polizei und Armee, tägliche Massaker, Razzien und Verhaftungen prägen das heutige Bild Südafrikas. Allein seit Anfang des Jahres sind mehr als 300 Schwarze im Polizeikugelhaag gefallen oder in Gefängnissen zu Tode geprügelt worden. Ständig wachsende Streiks in nahezu allen Industriebranchen bezeugen die Kampfbereitschaft des schwarzen Proletariats. Es hat die Nase voll vom kapitalistischen Elend und Chaos. Der Aufräumungsprozeß läuft. Das Apartheidregime ist, wenn auch noch nicht geschlagen, so doch wackelig geworden.**

Für die kapitalistische Entwicklung Südafrikas haben die Schwarzen schon immer bluten müssen. Der heutige Industrie-Staat wurde von ihnen Stein für Stein unter großen Opfern aufgebaut. In diesem Prozeß war die Politik der Rassendiskriminierung ein wichtiges Instrument des nationalen Kapitals.

Durch Gesetze wurden die Rassen säuberlich in Weiße (4,7 Mio), Farbige (2,9 Mio.), Asiaten (0,8 Mio) und Schwarze (23 Mio) getrennt. Die jeweilige Rechtslage wurde festgeschrieben. Die Schwarzen wurden ganz enteignet. Kein Recht auf Gewerkschafts- oder Parteibildung, kein Versammlungsrecht, kein Wahlrecht und keine Bewegungsfreiheit im eigenen Land. Hungerlöhne wurden willkürlich festgesetzt. Ein weißer Arbeiter verdient im Durchschnitt 10 mal mehr als sein schwarzer Kollege. Der sagenhafte Reichtum an Rohstoffen (Gold, Diamanten, Kohle, Eisen, Kobalt) und das System der extrem billigen Löhne schafften die Grundlage für die rasante Industrialisierung nach dem 2. Weltkrieg. Hohe Profitraten ließen Auslandskapital ins Land fließen. Allein aus der BRD sind alle großen Konzerne und Banken und insgesamt 6000 Firmen in Südafrika direkt an der Ausbeutung beteiligt.

Das wirtschaftliche Wachstum kam den Schwarzen nie zugute. Nur eine kleine Minderheit aus Vorarbeitern, Beamten und Angestellten konnte eine zeitlang steigenden Lebensstandard genießen. So ist verständlich, daß die Schwarzen einen großen Haß auf das rassistische System haben und versuchen, es zu bekämpfen. In den 50er Jahren konnte der ANC (African National Congress) das Vertrauen von Millionen gewinnen und Hunderttausende für Demonstrationen und Streiks mobilisieren. Dabei griffen die Sicherheitskräfte immer brutal ein.

Am 21.03.1960 in Sharpeville schob die Polizei wahllos in die Menge von 20.000 Demonstranten. 69 Arbeiter wurden getötet und binnen einer Woche 18.000 verhaftet. Die Arbeiter antworteten mit Massenstreiks im ganzen Land. Aber die ANC-Führer waren unvorbereitet und unfähig, die Kämpfe der Arbeiter zu koordinieren und zum Sieg zu führen. Am 08.04.1961 wurde der ANC verboten, viele Führungsmitglieder verhaftet, andere gingen ins Ausland.

### Guerrillataktik

Daß die bisherige ANC-Politik der mäßigen Forderungen (um „die Unternehmer nicht zu provozieren“) und der Klassenkollaboration in die Sackgasse und zu sinnlosen Menschenopfern führte, wurde richtigerweise erkannt. Das System war und ist nicht reformierbar. Die Alternative zu der Reformpolitik wäre der revolutionäre Weg zum Sturz des kapitalistischen Systems einschließlich seines staatlichen Instruments gewesen. Dafür ist eine Massen Organisation der

Arbeiterklasse notwendig.

Unglücklicherweise entschied sich die Führung des ANC Mitte der 60er Jahre für den Guerillakrieg. Viele Schüler und Studenten wurden angeworben und in Trainingslager in die Nachbarstaaten gesteckt. Seitdem sind in Militärrichtungen und Industriekomplexen einige Bomben explodiert, ohne daß die Kapitalisten sonderlich beunruhigt. Im Gegenzug mußten aber die Nachbarstaaten Mozambique und Angola Verwüstung und Zerstörung durch die südafrikanischen Armee erleiden, weil sie Guerilleros Unterschlupf gewähr hatten, und die Regierung benutzte den Terrorismus als Vorwand für ungeheure Aufrüstungsprogramme in Armee und Polizei.

Im Kampf gegen das Kapital aber ist die Arbeiterklasse die einzige Kraft, die fähig ist, die Umwälzung der Gesellschaft durchzuführen und die Entwicklung unter Arbeiterdemokratie voranzutreiben.

Guerrillataktik basiert auf individuellem Terror, auf aktiver Beteiligung einer Minderheit und führt unweigerlich zur Herrschaft einer Minderheit. Was hat sich für die Mehrheit in Mozambique und Angola geändert nach dem Sieg der Guerilla-Armee 1975? Der Kapitalismus wurde abgeschafft und ein neuer Staatsapparat errichtet. Die ehemaligen Guerrillaführer sitzen in Ministersesseln, in Villen, Mercedes und wohnen in vielenvielen. Für viele „normale Menschen“ ist zur gleichen Zeit der Hunger die Todesursache.

### Gewerkschaften

Dafür werden aber die Arbeiter Südafrikas nicht kämpfen wollen. Im Falle Südafrikas fehlt überhaupt jegliche Grundlage für eine siegreiche Bauernarmee. Nicht nur die Industrialisierung, sondern auch die Mechanisierung der Landwirtschaft wurde in den 50er und 60er Jahren forciert. Farmen wurden zu riesigen Betrieben ausgebaut und das Kleinbauernertum gründlich zerstört.

Mehr als 80% der Südafrikaner leben von der Arbeit in der Industrie, im Bergbau oder in fabrikmäßigen landwirtschaftlichen Betrieben. Ein Buschkrieg mit Bauern als Fußvolk war von Anfang an eine Illusion. Vor knapp zwei Jahren hat Südafrika ein Abkommen mit Mozambique und Angola (Nkomati-Abkommen) geschlossen: Die beiden Länder verpflichten sich, dem ANC keine Stützpunkte zu gewähren.

Spätestens da mußte doch der ANC-Führung klar sein, daß die Guerilla-Taktik endgültig gescheitert ist.

Die Hinwendung zur Guerilla-Taktik hat die Arbeiterklasse verwirrt, ihr die Führung geraubt und kurzzeitig zu einer relativen Ruhe geführt. Unterdessen verstärkte die Wirtschaftskrise immer mehr den Druck, vor allem auf die Schwarzen. Bei einer Inflation von 20% sind heute mehr als 2 Millionen Menschen ar-

beitslos. Durch enorme Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Mieten, Schulgeld und Krankenkosten reicht das Einkommen der Schwarzen nicht mehr aus.

Sie reagieren auf diese Verschlechterungen, indem sie seit Anfang der 70er Jahre verstärkt die Gewerkschaften als Kampforganisationen aufbauen. 1970 gab es durchschnittlich 20 Streiks im Jahr, heute hingegen täglich mehrere Arbeitsniederlegungen beziehungsweise innerbetriebliche Auseinandersetzungen.

Besonders nach dem Soweto-Schüleraufstand 1976 ist der Zustrom zu den Gewerkschaften stark angestiegen. Der Aufstand der 1,5 Millionen Einwohnerzahlenden schwarzen Vorstadt von Johannesburg wurde dadurch ausgelöst, daß der Unterrichtsminister die Sprache der Buren (der Mehrheit der Oberschicht) abgehalten werden sollte.

Auf dem Höhepunkt des Aufstandes traten 250.000 Arbeiter in den Generalstreik. Nur der massive Einsatz von Polizei und Armee konnte den Aufstand niederschlagen. Es wurde aber auch klar, daß ein lokaler Aufstand, isoliert, nicht den Durchbruch bringen kann.

Seitdem orientiert und beteiligt sich die Jugend mehr und mehr an dem Aufbau von Gewerkschaften. Heute sind bereits 500.000 Arbeiter in den unabhängigen Gewerkschaften organisiert und der Organisationsgrad wächst rasch von Tag zu Tag. Offiziell dürfte es sie eigentlich gar nicht geben und kein Unternehmer dürfte mit ihnen verhandeln. Durch eindrucksvolle Streiks haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aber alle Betriebe gezwungen, direkt mit ihnen zu verhandeln. Eine Lohnhöhung wurde immer erreicht.

Da der Lebensstandard der weißen Arbeiter infolge der tiefen kapitalistischen Krise auch gesunken ist und die staatlich kontrollierten „weißen“ Gewerkschaften nichts dagegen tun, orientieren sich einige weiße Arbeiter langsam zu den unabhängigen Gewerkschaften hin. Diese sind für jeden offen, auch wenn sie bis jetzt mehrheitlich Schwarze organisiert haben. Denn die Mehrheit der schwarzen Arbeiter hat begriffen: Die Lösung der Probleme in Südafrika ist keine „Rassen“, sondern eine Klassenfrage.

### Manöver

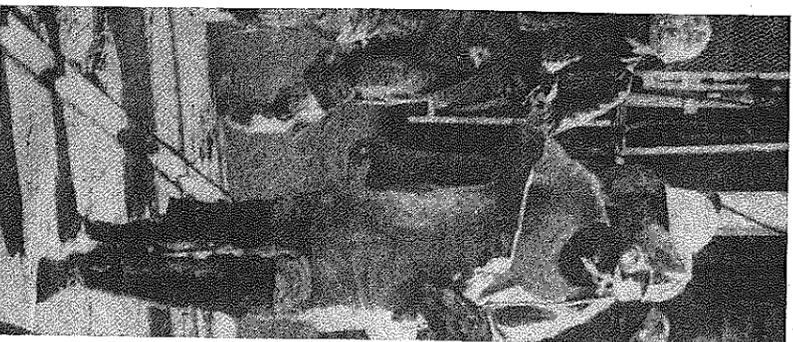
Das rassistische Regime kann sich nicht mehr dem Druck des städtischen schwarzen Proletariats entziehen. Die Regierung hat erfolglos alles Mögliche probiert, um die Lage zu stabilisieren. Es wurde versucht, die Schwarzen auszubürgern und sie zusammenzuführen. Dafür sind öde und unfruchtbare Gebiete ausgesucht worden, die kaum 13% des Landes ausmachen. Seit 1960 sind mehr als 3 Millionen Schwarze zwangsumgesiedelt worden. Vier Länder (Ttranskei, Ciskei, Venda und Bantustwana) wurden unabhängig erklärt. Die dort lebenden schwarzen Arbeiter arbeiten aber in der Republik Südafrika, weil die Homelands niemanden ernähren können.

Auch der Versuch, die Front aus Schwarzen, Farbigen und Indern zu spalten, ging daneben. Die Verfassungsreform von 1983 sieht die formale Beteiligung von Farbigen und Indern an dem bisherigen weißen Parlament vor.



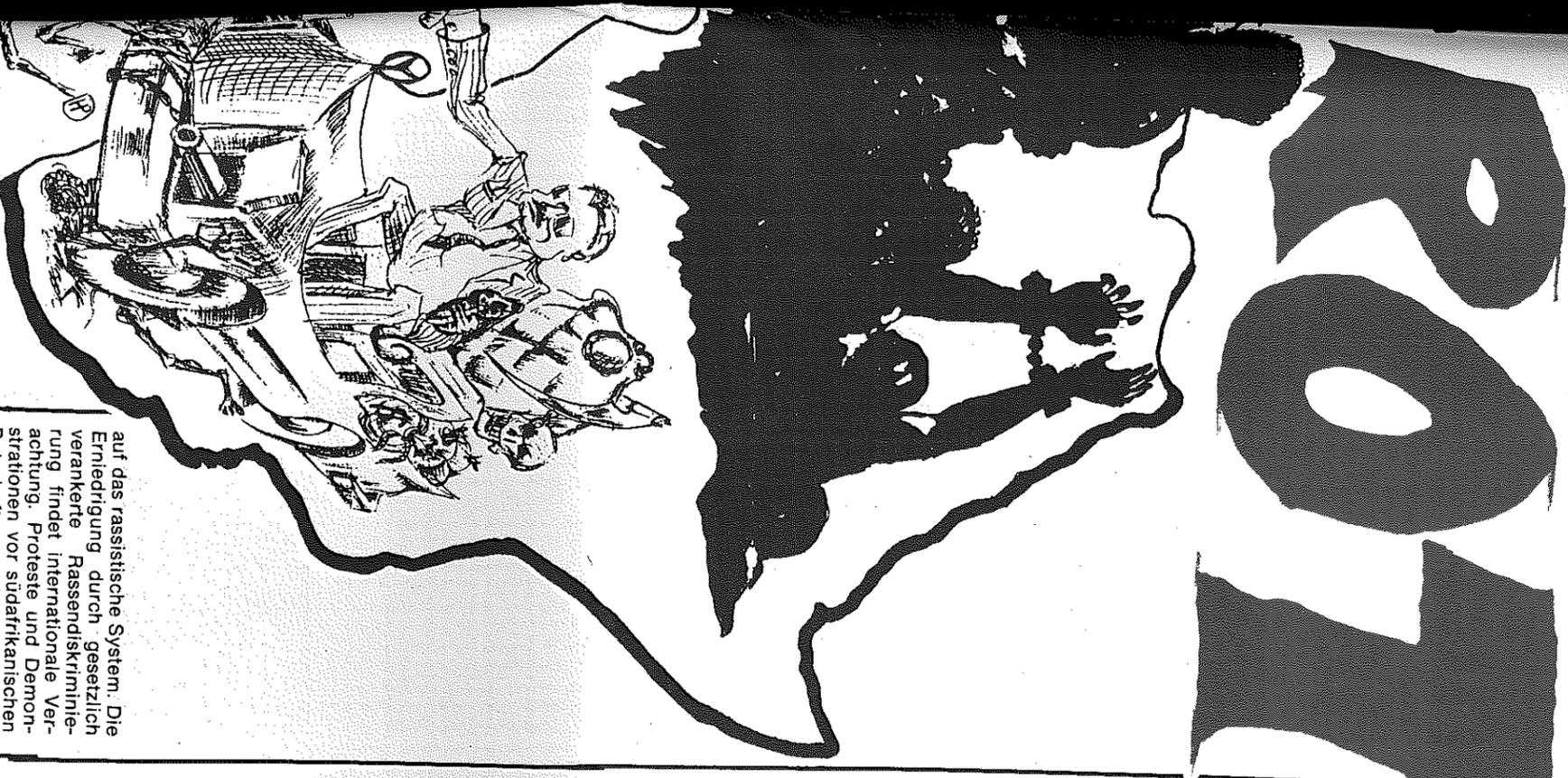
Das Stimmenverhältnis 4:2:1 zugunsten der Weißen zeigt, welche Statistenrolle ihnen hier zugedacht ist! Einige Kleinbürgerliche farbige Führer nahmen das Angebot an, bekamen aber eine deutliche Absage von der Mehrheit der Inden und Mischlinge. Bei der Wahl lag die Wahlbeteiligung bei weniger als 20%!

Die zunehmende Wirtschaftskrise bedroht auch die privilegierten weißen Arbeiter. Einige von ihnen sind schon von Arbeitslosigkeit betroffen, und ihr Lebensstandard sinkt von Jahr zu Jahr. Da die meisten von ih-



Bergarbeiterstreik 1984

# AS ZUKUNFT IST



Schwarzen ermutigen würde, alles an sich zu reißen. Die andere Fraktion, zu der auch P. Botha gehört, der Regierungschef, glaubt durch kleine Reformen die Explosion verhindern zu können. Selbst der Verband der südafrikanischen Handelskammern fordert unter anderem:

- Echte Beteiligung der Schwarzen am politischen Leben
  - Freie und unabhängige Gewerkschaften
  - Beseitigung der Zwangsumsiedlung von Schwarzen
- Alles das hört sich gut an, aber steckt viel dahinter?

Die dem Verband angeschlossenen Betriebe, darunter die mächtige Bergbaukammer, beschäftigen 80% der südafrikanischen Arbeitnehmer. Wortführer ist der sich liberal gebende Großindustrielle Harry Oppenheimer. Was tut nun dieser Liberale, als 40.000 Bergarbeiter in seinem Goldbergwerk „Waal Reef“ für eine Lohnerhöhung um 25% streiken? Er bot 10% bei einer Inflation von 20%, und auch das nur an Aufseher, und ließ kurzerhand Ende April diesen Jahres 15.000 Berater entlassen und abschleppen.

Der Kapitalismus hat keine andere Basis in Südafrika als die Sklaverei der Schwarzen, denn nur so konnte er mit den weiter entwickelten Ländern Europas und Amerikas auf dem Weltmarkt konkurrieren. Doch was damals ein Vorteil war, hat sich jetzt in sein Gegenteil verkehrt: Gerade wegen der billigen Arbeitskraft waren die südafrikanischen Unternehmer nicht gezwungen, aus Gründen der Rationalisierung neue Technologien und Maschinen zu entwickeln, was zu einer Veralterung der gesamten Produktionsmittel geführt hat.

Die Tafahrt wurde noch durch die Weltwirtschaftskrise beschleunigt. Der Absatzmarkt für die Rohstoffe ist geschrumpft und die Preise fallen ständig. Klar ist, daß unter solchen Umständen die Kapitalisten keine hohen Profite einfahren und gleichzeitig den neun Millionen schwarzen Industriearbeitern höhere Löhne garantieren können.

Sogar in der Kirchenhierarchy — ein jahrelang treuer Unterstützer des Systems — zeichnet sich eine Spaltung ab. Ein Teil ruft für den 16. Juni zum Gebet für den Sturz der Regierung auf, und der andere Teil zum Gebet für dieselbe Regierung, damit sie Kraft zu den Reformen bekommt.

Der Widerstand der schwarzen Arbeiter wird die herrschende Klasse unweigerlich auseinanderreiben, das System weicklopfen zum endgültigen Sturz. Die Betreuung vom Apartheidsystem kann nur die Abschaffung des Kapitalismus bedeuten.

## Widerstand

Der Widerstand der Unterdrückten hat heute eine neue Qualität erlangt und ein neues Ausmaß erreicht. Das ist das Ergebnis eines Jahrzehntelangen Abwehrkampfes der schwarzen Arbeiter, der Jugend der Frauen, des gesamten schwarzen städtischen Proletariats. Das Jahr

1984 war gekennzeichnet durch eine Welle von Streiks, die bereits im ersten Halbjahr einen Rekord an verlorenen Arbeitstagen in der südafrikanischen Gesellschaft erreichte. Mehr als eine Million Schüler waren am Schulboykott beteiligt. Millionen Farmer und Linder haben der Klassenkolaboration eine klare Absage erteilt, ihre Ablehnung durch eindrucksvolle Demonstrationen und durch Boykott der Scheinwahlen dokumentiert.

Die Arbeiterklasse hat die Initiative ergriffen durch ihre eigenen Organisationen, nämlich die unabhängigen Gewerkschaften, die sie selbst kontrolliert. Diese Gewerkschaften haben bereits eine Vornachstellung in den großen Betrieben erobert: Bei VW in Uithagen sind 98% der 4.000 schwarzen Arbeiter organisiert. In den benachbarten Fordwerken ist der Organisationsgrad genauso hoch. Die Rolle der Gewerkschaften endet nicht an den Fabriktoren, sondern sie erfüllen auch wichtige Aufgaben in den schwarzen Gemeinden.

Seit März diesen Jahres erleben wir, daß sich mehrere schwarze Gemeinden Zwangsumsiedlungen unterschieden widersetzen, besonders in der östlichen Kap-Provinz. Dabei sind die Gewerkschaften die treibende Kraft. Die Regierung greift zur äußersten Brutalität: Ganze Siedlungen werden von Polizei und Armee belagert. Innerhalb von drei Wochen wurden 90 Menschen erschossen und Hunderte verhaftet, darunter viele führende Gewerkschafter. Die Arbeiterklasse läßt sich nicht mehr einschüchtern, sie hat die Angst vor der herrschenden Klasse verloren. Die letzten zehn Jahre haben zigtausende von Aktivisten hervorgebracht. Der Widerstandsprozeß zum Sturz des Kapitals kann nicht mehr durch Verhandlungen oder Organisationsverbot gestoppt werden. Auch der Einsatz von Polizei und Armee wird den Verfall des Systems nicht verhindern können.

## Massenpartei aufbauen

In der nahen Zukunft wird das rassistische Regime in der Luft hängen. Der Druck der Arbeiterklasse wird stärker und die herrschende Klasse wird sich immer mehr darüber zerstreuen, wie dieser Druck aufzufangen sei. Für eine geschlossene auftretende Arbeiterklasse mit einer konsequenten Führung würde es ein leichtes sein, dem Kapitalismus den letzten Stoß zu versetzen.

Die Arbeiterklasse braucht deswegen dringend ihre eigene Massenpartei. Die Mehrheit der Arbeiter orientiert sich heute noch an dem ANC und hat die Gründung der UDF (Vereinigte Demokratische Front) 1983 als einen Schritt zum Wiederaufbau sehen des ANC im Inland begeistert begrüßt. Hunderttausende schlossen sich der UDF an. Allerdings wird auch diese Organisation heute noch überwiegend von Rechtsanwältinnen, Pfarrern und anderen Kleinbürgern geleitet, die immer noch Illusionen haben in die Möglichkeit, das Apartheidssystem durch Reformen zu verändern. Die Hauptverantwortung hierfür liegt bei der ANC-Führung und ihrem Versuch, die Regierung Botha an den Verhandlungstisch zu bringen.

Was äußerlich nach einem Rassenkonflikt aussieht, ist nichts anderes als ein offener Klassenkampf. SPD und Ge-

werkschaften sind aufgefordert, sich eindeutig auf die Seite der Arbeiterklasse zu stellen. Internationale Solidarität heißt konkret, die unabhängigen Gewerkschaften politisch und finanziell zu unterstützen. Ein direkter Kontakt muß hergestellt werden, um gegen (häufig dieselben) Profiteure vorzugehen, die Lohn- und Arbeitsplatzabbau hier und in Südafrika betreiben. Bei VW Südafrika wurden z.B. in den letzten 5 Jahren mehr als 2000 und im letzten Oktober allein 684 schwarze Arbeiter entlassen.

Die Fordwerke in Uithagen drohen mit totaler Schließung im Laufe des nächsten Jahres. Im Bergbaubereich werden die internationalen Machenschaften der Kapitalisten noch deutlicher: Der EG-Kohleplan sieht für die kommenden Jahre eine Drosselung der jährlichen Kohleproduktion um 40 Millionen Tonnen vor. Dafür soll die — aufgrund der Hungerlöhne — billigere südafrikanische Kohle importiert werden.

Südafrika hat jetzt schon die USA vom ersten Platz als Kohlelieferant verdrängt. Wird der Plan in die Praxis umgesetzt, bedeutet dies einen Verlust von mindestens 40.000 Arbeitsplätzen im deutschen Bergbau. Um dies zu verhindern, empfiehlt es sich, den Kampf mit den südafrikanischen Kollegen zu koordinieren. Die Arbeiterbewegung kann dem Kapital nur international wirksamsvoll Widerstand leisten.

## Schlüsselrolle

Das Profitsystem zwingt 26 Millionen Schwarze, Inder und Farbige zu einem Elendsdasein. Dabei ist die Republik Südafrika ein reiches Land. Sie verfügt über die bedeutendsten Vorkommen bei einer Reihe weltweit wichtiger Mineralien. Der Weltanteil an Chrom beträgt 90%, Diamanten 80%, Platin mehr als 70%, Gold 70% und Vanadium 50%. Auch ist Südafrika einer der größten Produzenten von Silber, Mangan, Kupfer, Kohle, Eisen... die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Die Landwirtschaft ist sehr gut entwickelt und technisch im Stande, ganz Afrika zu ernähren.

Dieses ganze Potential wird heute nur zum Teil genutzt, nur dort, wo es Profit für die Kapitalisten garantiert. In deren Händen wirkt es sogar zerstörerisch, auch für die Nachbarstaaten. Milliarden werden für die Ausrüstung der Unterdrückungsapparate Armee und Polizei ausgeben. Namibia wird militärisch besetzt gehalten. Angola und Mozambique sind Zielscheiben wiederholter Invasionen südafrikanischer Truppen. Dabei werden unzählige Menschen getötet, die Infrastruktur dieser Länder zerstört und somit die Weiterentwicklung verhindert.

In den Händen und unter Kontrolle der Arbeiter könnten diese Ressourcen dagegen zum Wohl der ganzen Region genutzt werden. Südafrika hat die stärkste, organisierteste und erfahrenste Arbeiterklasse des Kontinents, die auch mit der neuesten Technik umgehen kann. Der Sieg dieser Arbeiterklasse wird die Arbeiter in den anderen afrikanischen Ländern ermutigen, ihre eigenen Peiniger zu stützen und damit eine Ära des Wohlstands und der Freiheit für alle Menschen einzuleiten.

Gaetan Kayitare, Aachen  
Jungsozialist

nen aber nicht den Klassencharakter des Problems verstehen, fühlen sie sich von ihren schwarzen Kollegen bedroht und fordern die Regierung auf, noch härter gegen die Schwarzen vorzugehen. Nur eine nicht-rassistische, marxistische Arbeiterpartei könnte ihnen erklären, daß der wahre Feind in den Chefetagen der Konzerne sitzt, und daß auch für sie die einzige Möglichkeit, ihren Lebensstandard abzusichern und sogar zu erhöhen, in einem Sturz des kapitalistischen Systems besteht. Diese Aufgabe können sie nur erfüllen, wenn sie gemeinsam mit ihren schwarzen Kollegen in den Gewerkschaften und in einer Arbeiterpartei kämpfen.

## Moral

Das Elend der Schwarzen in einem an sich reichen Land erweckt weltweit Mitleid und Wut

auf das rassistische System. Die Erniedrigung durch gesetzlich verankerte Rassendiskriminierung findet internationale Verachtung, Proteste und Demonstrationen vor sudafrikanischen Botschaften und Konsulaten finden in allen westlichen Ländern statt.

Der Boykott von Banken, die in Südafrika beteiligt sind, wird auch hier in der BRD organisiert. Dies alles ist gut gemeint, aber kaum geeignet, die Lage der Schwarzen zu verbessern. Geschäft ist eine Sache, Moral ist eine andere. Die Bankiers werden kaum auf verlockende Profite verzichten können. Sie werden immer Wege und Umwege finden, sich an der Ausbeutung der Schwarzen zu bereichern. Der einzige Weg, ihnen das Handwerk zu legen, wäre die Überführung ihrer Banken in Gemeineigentum unter Kontrolle der Beschäftigten.

Darüber, wie nun die Minderheitsherrschaft geteilt werden soll, gehen die Meinungen der herrschenden Klasse leicht auseinander. Die eine Fraktion empfindet eine härtere Gangart, ein brutaleres Vorgehen der Sicherheitskräfte. Sie befürchtet, daß ein kleines Nachgeben die

Internationales sozialistisches Jugendfestival in Luxemburg:

# Für eine marxistische USY!

Vom 24 bis zum 27.5 fand in Luxemburg das Treffen der Sozialistischen Jugendinternationale (USY) statt. Es kamen etwa 6500 junge Sozialisten, gut die Hälfte aus dem deutschsprachigen Raum, der Rest hauptsächlich aus Westeuropa, aber auch aus Israel waren einige gekommen. Die Stimmung war gut (trotz mangelnder Maschgebetheiten und beschissenem Essen), wozu gewiß das tolle Wetter seinen Teil beitrug.

Das einzige, was fehlte, war das kämpferische, was ein sozialistisches Jugendlager eigentlich von einem unpolitischen oder kirchlichen Lager unterscheiden sollte. Auch die politischen Aktivitäten, die von den Veranstaltern organisiert wurden, konnten niemanden hinter dem Ofen hervorlocken. Die ohnehin schon wenigen Diskussionsveranstaltungen konnten überhaupt nichts Neues bieten, irgendwelche altgewordenen „Jung“-Sozialisten, die auf dem Podium saßen, versuchten alte Konzepte der sozialdemokratischen und

sozialistischen Partei (-führungen) wieder aufzuwärmen, ohne neue Ideen oder Perspektiven aufzuzeigen (so geschah bei einer Diskussion zum Thema Abrüstung).

Doch man kann es nicht anders sagen, der marxistische Flügel der USY machte den Organisatoren einen Strich durch die Rechnung. Die britischen Jusos (LPYS), die in großer Mehrheit marxistisch orientiert sind und die Zeitung MILITANT unterstützen, waren durch ihre kämpferischen Sprechchöre und ihre überall auftauchenden Transparenze der vorwärtstreibende Teil.

## Marxisten

Bei der Diskussion zur Jugendarbeitslosigkeit z.B. erhielt die Vertreterin der britischen Jusos stehende Ovationen der Zuhörer (siehe Artikel unten - d. Red.). In den meisten europäischen Ländern sind die Marxisten (noch) in der Minderheit, wie VORAN in der BRD. Doch auch

die Redebeiträge von deutschen, französischen und anderen Marxisten stießen bei vielen Teilnehmern auf Sympathien (und auf Erschrecken bei den Funktionären!).

Es schien so, als ob die USY-Führung in Zeiten harter Angriffe des Kapitals auf die Arbeiterklasse und zunehmender Klassenauseinandersetzungen (35-Stundenwoche, Bergarbeiterstreik, Fast-Generalsstreik in Dänemark) ihrer Basis politische Diskussionen über Strategien und Perspektiven „ersparen“ und wie immer in ihren reformistischen Trotz traben wollte. (Tut uns leid, daß wir diesen Trotz gestört haben!).

Neben dem Eingreifen in andere Diskussionen veranstalteten die marxistischen Zeitungen MILITANT und VORAN ein Leser-Treffen. Hier zeigte sich die aufnahmefähigkeit für politische Diskussionen im allgemeinen und marxistische Positionen im besonderen, 200 Teilnehmer diskutierten im Überfüllten, stickigen Saal zum Thema „Streikwel-

le in Europa - welcher Weg für Sozialisten“ die Lehren aus den jüngsten Klassenkämpfen in Europa und die Perspektiven für die nächsten Jahre. Hier zeigte sich die Schattenseite des Festivals:

## Provokation

Massive Störungsversuche wurden unternommen; statt zu diskutieren zeigten einige Reformisten nur den erhobenen Mittelfinger und schrien herum. Vorher wurde schon ein Banner der LPYS beschädigt, den französischen Marxisten wurde mit Prügel gedroht (einmal wurde diese Drohung sogar wahr gemacht) und der Verkauf ihrer Zeitung verboten.

Diese Provokationen und die absurde Argumentation, Marxisten hätten in sozialdemokratischen Organisationen nichts zu suchen (wer hat denn diese Partei gegründet?) zeigen, daß manche Genossen offenbar nicht gewillt sind, eine inhaltliche Auseinandersetzung demokratisch

zu führen. Allerdings macht sie sich mit diesem lächerlichen und allen demokratischen Traditionen der Arbeiterbewegung widersprechenden Gehabe bei vielen jungen Leuten unbeliebt.

So kam unsere Zeitung VORAN trotz allem gut an. (Allerdings waren unsere Verkäufer auf nicht zu übersehen). Wir haben insgesamt 600 Exemplare verkauft und durch Verkäufe von Broschüren, Buttons, Taschen sowie Spenden ca.900 DM in unseren Kampffonds eingeworben.

Um dafür zu sorgen, daß in vier Jahren beim nächsten Treffen die politische Diskussion und der Klassenkampfliche Stimmungsanstieg im „Jung“-Sozialistischen USY“ auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Claus Ludwig und Frajo Bonke,  
Bremerhaven  
Jungsozialisten

Oben: Internationalismus in Praxis. Mitte und rechts: VORAN-Lesertreff. Links: Arbeitslosigkeit-Diskussion im Europa-Parlament

# Arbeit für jeden — aber wie?

Diskussion Arbeitslosigkeit in Europa

Die Sprecher auf dem Podium sagten es ganz klar, was uns in den nächsten Jahren erwartet: Unausweichlich steigende Jugendarbeitslosigkeit überall in Europa.

Ein Mitglied der holländischen „Partei von der Arbeit“ forderte angesichts dieser Tatsachen, daß die Partei eine Kampagne zum Erreichen der absoluten Mehrheit beginnen sollte. Das wäre die erste Regierung einer Arbeiterpartei in der Geschichte der Niederlande.

Die britischen Jungsozialisten zeigten sich auf, wie die Jugend in Europa sich wehren kann. Sie berichteten über den Schülerstreik, den sie im April dieses Jahres organisiert hatten und über den Aufbau einer Schülergewerkschaft.

Ihre Ideen und ihr Enthusiasmus beim Kampf um die Durchsetzung ihrer Forderungen waren für alle Sektionen der Jugend-Internationale ein Beispiel.

VORAN-Unterstützer aus Köln stellten ein konkretes Programm zur Beseitigung des Problems Jugendarbeitslosigkeit vor:

— Einen garantierten Ausbildungsplatz für alle  
— Arbeit oder vollen Lohn  
— Mindestlohn von 1000 DM  
— Während der Lehrzeit

— Ausbildung raus aus Unternehmehand  
— Öffnung aller Gewerkschaften für arbeitslose Jugendliche  
— volles Streikrecht auch für Azubis.

Ein Mitglied der französischen Sozialisten meinte, dies sei „unrealistisch“. Er wurde gefragt, was denn eine „realistische Alternative“ sei. Etwa was wir jetzt in Frankreich erleben? Nämlich das Scheitern der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik: des Versuchs, den Kapitalismus zu reformieren und Schritten für Schrittlchen zu entfeigen.

## Konterreform

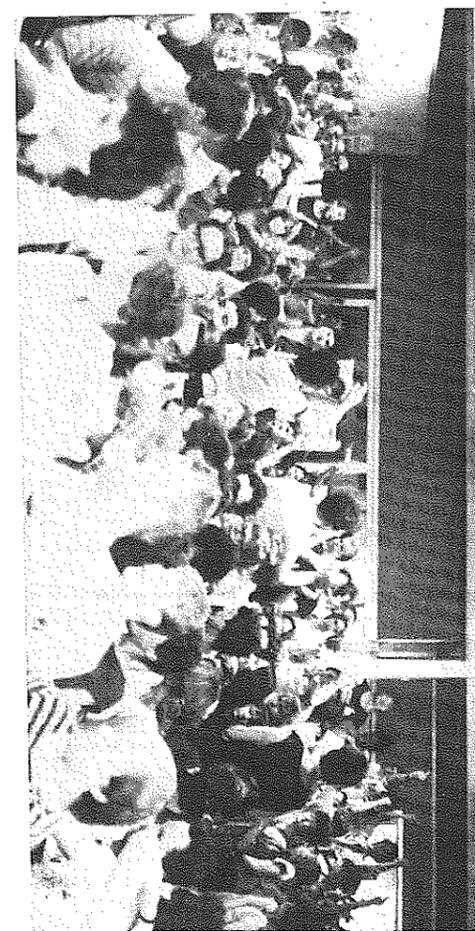
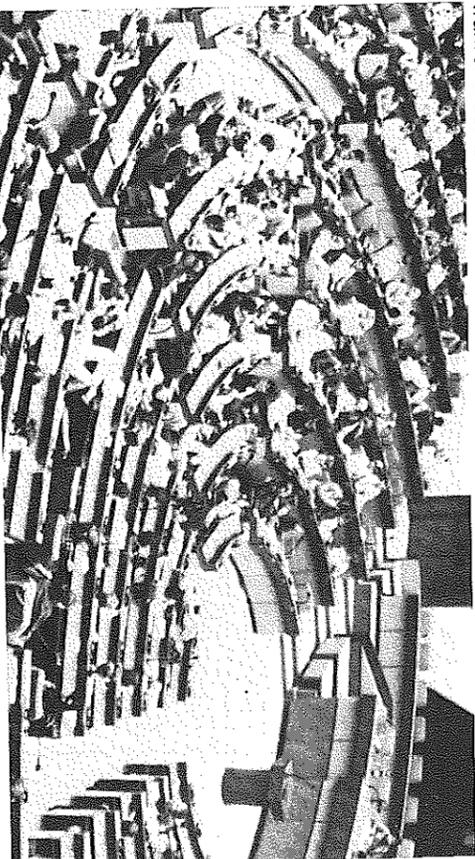
Alle diese Versuche endeten in Konterreformen. Diese „keynesianistische“ Politik hat zu wachsendem Staatsverschuldung, höherem Handelsbilanzdefizit, Abwertung des Franc und Inflation geführt.

Die Kapitalisten griffen zum Mittel des Investitionsstreiks. Hier wird deutlich: die Regierung hat keine Kontrolle über die Wirtschaft. So kann sie die Probleme der Arbeiter nicht lösen, sondern im Gegenteil, sie wird gezwungen, den Lebensstandard der Arbeiter anzugreifen, um die Unternehmergewinne zu erhöhen. Die

Folge: die Arbeitslosigkeit stieg und steigt weiter, die Menschen sind enttäuscht, eine ganze Reihe von ihnen sucht jetzt ihr Heil bei den Rechten.

„Rassismus und eine zukünftige reaktionäre Regierung sind der Preis, den die Arbeiterklasse für den Opportunismus ihrer Führer zahlen muß“, sagte ein Marxist aus Köln. Die französischen Genossen waren nicht in der Lage, hierauf zu antworten, verließen den Saal. Diskussionsleiter Ulf Skirke, der die Diskussion sehr demokratisch führte, rief sie wieder zurück. Später sagte er ihnen, daß die kritischen Worte, die gefallen waren, nicht als persönliche Angriffe mißverstanden werden dürften, sondern als Versuch, gemeinsam einen Weg nach vorn zu finden.

Die Genossen, auf deren Beitrag so heftig reagiert worden war, erklärten: Konstruktive Kritik ist nötig, einerseits um den Genossen in anderen Ländern zu helfen, aber auch, um aus deren Fehlern für die eigene Arbeit zu lernen. So darf zum Beispiel eine zukünftige SPD-Regierung bei uns nicht die Fehler wiederholen, die in Frankreich gemacht wurden. Das heißt Internationalismus!



# Jugend für Sozialismus

Auf einen halben Schritt nach vorn folgt

## Ein Schritt nach hinten

„Ein SPD-Wahlsieg kann nicht ausgeschlossen werden. Wir haben keine Zeit mehr bis Ende der 80er Jahre, um ein neues Programm auszuarbeiten“, erklärte Peter von Oertzen vom SPD-Parteivorstand zu Beginn des diesjährigen Juso-Bundeskongresses in Lahnstein.

Zuvor meinte der Juso-Bundesvorsitzende Ulf Skirke: „Die Landtagswahlen von NRW und dem Saarland sind ein Vorschuß der Arbeitnehmer an die SPD, sie drücken das Hoffen auf eine bessere Politik aus. Wir müssen Alternativen aufzeigen.“



JUSOS IN DER SPD

In den frühen 70er Jahren hatten sich die Jusos den Ruf der sozialistischen Vordenker in der SPD erworben. Aber anstatt eine offensive sozialistische Strategie zu entwerfen und über eine Durchsetzung in der SPD zu beraten, kam es wieder einmal zu tiefen Zerwürfnissen zwischen den verschiedenen im Bundesvorstand vertretenen Strömungen. Anstatt intensiv darüber nachzudenken, wie Kohl (und mit ihm die ganze bürgerliche Wenderregierung) gestürzt werden kann, dachte Ulf Skirke laut über seinen Rücktritt nach.

Bei einer Nachsitzung wurde morgens um halb vier mit 110 gegen 66 Stimmen, nach einer Mammut-Beratung, zahlreicher Änderungsanträge, das wirtschaftspolitische Papier angenommen, das in seiner Endfassung den Ulf aus dem Gleichgewicht brachte. Von 300 Delegierten hatten schon 124 (überwiegend die Süddeutschen unter Führung der „Anti-Revisionisten“) gar nicht mehr an der Abstimmung teilgenommen.



Juso-Bundeskongress verpaßt

Fast genau vier Jahre zuvor hatte der Bundeskongress am selben Ort mit großer Mehrheit ein neues wirtschafts- und sozialpolitisches Grundsatzzprogramm („Die Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren“) verabschiedet. Wir hatten damals in

VORAN dieses Programm, als „halben Schritt nach vorne“, bezeichnet, weil es trotz offenkundiger Schwächen und Widersprüche ungefähr 100 Industriekonzerne, Banken und Versicherungen aufführte, die zu vergesellschafteten sind: „Solange alle diese Unternehmen in kapitalistischem Privatbesitz bleiben, solange wird die Wirtschaft nie im Interesse der arbeitenden Bevölkerung funktionieren können.“ (VORAN Nr. 52)

betführen und Spielräume schaffen, um den Korridor in Richtung Sozialismus aufzustoßen. So jedenfalls meinte es Ulf Skirke in seiner Begründung des ursprünglichen Leitartikels. Rein äußerlich klingt dies auch sehr gut. Was ist aber im Einzelnen gemeint?

### Juso-Bundeskongress verpaßt Chancen für Umorientierung

Linken in Frankreich als historischen Durchbruch in Richtung Sozialismus. 1985 wurde so gut wie kein Wort darüber verloren, warum in Frankreich der Versuch geschleiert ist, linke Reformpolitik durchzuführen, ohne die Schatzkammern der wirtschaftlichen Macht zu übernehmen und demokratisch zu kontrollieren.

Als ob 100 Jahre Geschichte der Arbeiterbewegung und die jüngsten Erfahrungen mit sozialistischen Regierungen in Westeuropa nicht lehrreich genug gewesen wären, tischt uns der Bundeskongress ein Programm auf, das nur auf eines hinausläuft: den utopischen Versuch, das kapitalistische System besser zu verwalten als die Kapitalisten selbst.

Worum geht es eigentlich? Um „Sofortmaßnahmen“, die man „im Moment“ durchsetzen kann. Ziel: den Abschwung aufhalten, eine geordnete Ökonomie her-



Juso-Bundeskongress verpaßt

— Verbot von Massenentlassungen  
— Umfassende Arbeitszeiterkürzung  
— Mehr Mitbestimmung und öffentliche Kontrolle  
— Umstellung der Rüstungsbe triebe auf Zivilgüter  
— Verbot von menschen- und umweltgefährdenden Produkten  
— Senkung der Rüstungsausgaben.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Auch die Marxisten um VORAN unterstützen die meisten dieser Forderungen voll. Marxisten sind nicht gegen Reformen — und seien sie auch noch so bescheiden. Aber in der kapitalistischen Krise ist jede Reform, jedes Zugeständnis bedroht: Was uns die Kapital-

sten mit der einen Hand zugesteht (müssen), das versuchen sie uns mit der anderen Hand wieder wegzunehmen. Darum lehnen Marxisten die völlig utopische Strategie des Reformismus ab, die hofft, die Kapitalisten schrittweise entmachten zu können und dabei von ihnen auch noch das Geld für Sozialreformen zu kriegen.

Peter von Oertzen brachte die Logik eines solchen „politökonomischen Minimalkonsenses“ auf die Formel: „Keinen Frontalangriff auf das kapitalistische Gesamtsystem!“

Ach wenn doch die Kapitalisten nur halb so viel Anstand besäßen wie der Peter! Denn die rufen zum Frontalangriff auf die Arbeiter und die Linken, selbst

demonstriert und den Willen bezeugt, in eigener Regie weiterzuproduzieren.

Das kapitalistische System ist unheilbar krank, wird aber nicht von selbst zusammenbrechen und dem Sozialismus Platz machen. Es muß von der Arbeiterbewegung gestürzt und durch eine sozialistische Demokratie ersetzt werden. Viele ArbeiterInnen merken und Jugendliche sind allemalch dabei, die Illusionen in den kapitalistischen Wirtschaftsausschwung zu verlieren und Alternativen zu suchen. Sozialisten sollten sich in dieser Situation nicht an scheinbar utopischen, Quacksalbereien und Wundermitteln halten und ihr Programm verstrecken, sondern im



wenn nur Teile ihres Besitzes und ihrer Macht gefährdet sind und die Profite erhöht werden sollen! Jüngstes und bei den Jusos populäres Beispiel: Nicaragua. Die dortige sandinistische Regierung hat bisher nur die Hälfte der Industrie und des Landes übernommen und schwört Stein und Bein, daß sie an der Erhaltung der „Mischwirtschaft“ interessiert sei. Trotzdem beeindruckt dies die US-Regierung und die „Contras“ nicht im geringsten.

Werner Nüßlein vom Juso-Bundesvorstand verteidigte diesen „Minimalkonsens“, damit, daß die Jusos in der Partei diskussionstüchtig bleiben müßten. Dabei sollen die Genossen vom Bundesvorstand aufpassen, daß sie nicht bald von der Parteiabsis, der AfA und der IG Metall noch links überholt werden!

Die AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD) hat auf ihrem Karlsruher Bundeskongress 1984 die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum gefordert. Die IG Metall hat die Stahlvergesellschaftung beschlossen. Seit 1981 haben viele Belegschaften durch Betriebsbesetzungen ihre Kampfbereitschaft

Hans-Gerd Öttinger

## Keine neuen Ideen

Am 22.6. fuhr ich mit einigen Genossen nach Lahnstein zum Bundeskongress der Jungsozialisten, in der Hoffnung, neue Argumente und Ideen für die Arbeit in der AG und draußen mit nach Hause nehmen zu können.

Doch da wurde ich enttäuscht. In der Rede Ulf Skirkes gleich zur Einleitung fand ich nichts Neues und Brauchbares. Es irritierte mich, daß Genosse Ulf der Meinung ist, daß die Verbraucher „nicht allein“ für ein Umweltschutzprogramm aufkommen sollten. Also, man soll für die destruktive, kurzzeitige und profitträchtige Produktionsweise der Kapitalisten auch noch mitbezahlen dürfen!

Danach dämpften Genosse Parteivorstandsmitglied von Oertzen und der SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz die Erwartungen an eine SPD-Bundesregierung ab 1987 oder früher. Peter Glotz machte für mich erstaunlicherweise die Feststellung, daß „der nationale Keynesianismus ein toter Hund“ sei. Will er damit sagen, daß 13 Jahre von der SPD geführte Regierungspolitik für die Katz waren?

## Aktuell! Die neue VORAN-Broschüre ARBEIT UND UMWELT zur Programm Diskussion

- Sofortprogramm gegen Arbeitslosigkeit!
- Arbeit durch Umweltschutz!
- Die Giftproduktion stoppen!
- Altlasten beseitigen!
- Energie- und Verkehrsweisen und Energiequellen!
- Für neue Produktionsweisen und das Sagen haben!
- Die arbeitende Bevölkerung muss die Demokratie!
- Weltweite sozialistische Demokratie!

Bestellen bei: Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1





# AFRIKA

Exportfrüchte statt Grundnahrungsmitteln, Ausbeutung von Rohstoffen, Abholzung der Regenwälder, Unterdrückung breiter Bevölkerungskreise durch kleine, reiche Oberschichten — die Entwicklungsländer werden immerfort von den industrialisierten Ländern ausgebeutet. Von der heutigen Wirtschaftsordnung profitieren die westlichen Industrieländer. Selbst wenn die Exporte aus der dritten Welt voluminmäßig zunehmen, ist der Wert der Produkte auf dem Weltmarkt zurückgegangen. 1970 konnte ein Land der dritten Welt für dieselbe Menge Exporte 11% weniger importieren als 1950. Außerdem bekommen diese Länder einen kleineren Teil des Verkaufspreises, wenn ihre Waren in Industrienationen exportiert werden. Für Kohle, die nach Westdeutschland exportiert wird, erhielten sie 1973 nur 8% des Wiederverkaufspreises, und dieses Verhältnis verschlechtert sich ständig. Das bedeutet, daß die Länder immer mehr produzieren müssen, um überhaupt zu überleben; eine Erhöhung des Lebensstandards ist nicht in Sicht.

## Arme und Reiche

Von den ererbten Kolonialstrukturen hat oft eine kleine einheimische Elite profitiert. Sie hat deswegen kein Interesse an dringend notwendigen Reformen gehabt. So haben wir zum Beispiel auf dem Lande oft keine Wege, auch anderegrundlegende Infrastrukturen fehlen. Gleichzeitig die Machthaber ungläubliche Mengen Geld für Paläste, Eingebenen. Aber vor allem verdienen die Industrieländer an Afrika. Die von den großen europäischen Konzernen besorgt. Dadurch, daß der Boden von den Monokulturen zerstört worden ist, braucht man immer mehr Dünger, Pestizide, Insektenvernichtungsmittel und so weiter. Die Chemieindustrie hat profitable Märkte erschlossen.

## Planwirtschaft

China hatte vor 1949 500 Millionen Einwohner, und der Reichtum war auf eine ganz kleine Oberschicht verteilt. Hungernot gab es fast jedes Jahr. Heute, nach der Revolution, hat China eine Milliarde Einwohner, staatliche landwirtschaftliche Betriebe, Volkskommunen und auch ein bißchen Privatbesitz. Die Ernährung Chinas ist heute ausreichend, wenn nicht sogar sehr gut. Und das obwohl das Land nur halb so viel Ackerland pro Person hat wie Indien.

Willy Brandt zu der Frage nach der größten Leistung, die die Menschen unserer Generation vollbracht haben: „Ich habe geantwortet, es sei wahrscheinlich die größte Leistung, daß eine Milliarde Chinesen nicht mehr zu hungern brauchen.“

Wir haben die Möglichkeiten und die Mittel, die Weltbevölkerung zu ernähren. Eine Veränderung der katastrophalen Lage in den Ländern der dritten Welt könnte durch eine demokratische Planwirtschaft durchgeführt werden, die von den Bedürfnissen jedes einzelnen Landes ausgeht und unterstützt wird durch eine internationale Zusammenarbeit, die auf Solidarität statt auf Ausbeutung zielt.

Die Länder Afrikas können ihre Probleme nicht allein lösen, nur eine Veränderung der ganzen Weltwirtschaft kann das.

S.Krogerus, Lübeck  
SPD-Mitglied

## Kolonialismus

Die Weltbank hat festgestellt, daß es noch nie in der Geschichte so viele Analphabeten, Obdachlose, Hungernde und Arbeitslose gegeben hat wie heute. Ein großer Teil, 800 Millionen der Weltbevölkerung, ist unterernährt. In Afrika sehr verunsichert. Die traditionellen Landwirtschaften wurden weitgehend zerstört und auf den Bedarf der Kolonialländer orientiert. Ganze Länder mußten sich auf wenige Produkte konzentrieren, die exportiert werden konnten, um Devisen ins Land zu bringen. Damit sollte man dann Fertigprodukte aus den westlichen Industrieländern kaufen.

## Kolonialismus

Liberia ist eine riesige Gummipflanze für die Reifenfirma Firestone geworden. Durch die Einführung von hohen Steuern und andere Abgaben wurden die Bauern gezwungen, Exportfrüchte anzubauen oder die Landwirtschaft aufzugeben und sich als Arbeiter auf Plantagen oder Großbaustellen zu ernähren.

Nach der Unabhängigkeit hat sich wenig verändert für die Menschen. Oft hat eine schwarze Elite als kapitalistische Schicht die weißen Kolonialherren ersetzt. Die Abhängigkeit von den dominierenden Handelskonzernen ist geblieben. Die großen Städte sind zu politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentren geworden. Eine kleine Oberschicht herrscht über eine rasch wachsende städtische Bevölkerung. Die Chancen der Landbevölkerung, sich selbst zu versorgen, verschlechtern sich immer mehr.

# Bücher & Bücher & Bücher

Wenn man wissen will, was mit dem schwerverdienenden Groschen passiert, die der Entwicklungshilfe gespendet werden, so muß man das Buch „Tödliche Hilfe“ von Brigitte Erler lesen.

Zum Beispiel wird in Bangladesch ein Atomkraftwerk gebaut, wo das Land so viel Reserven an Erdgas hat, daß noch davon exportiert werden kann. Oder es werden über Jahre mit Unsummen von Entwicklungshilfe Kühe gezüchtet, die zwar mehr Fleisch und mehr Milch geben, aber dafür Futter zum größten Teil einheimischer Bauer kann sich diesen Luxus leisten. So läßt die Entwicklungshilfe die Reichen dieser Länder immer reicher, und die Armen immer ärmer werden. Es ist im wahrsten Sinne des Wortes haarsträubend, was da so

passiert. Frau Erler hat die Konsequenz gezogen, indem sie, als sie diese Mißwirtschaft erkannte, sofort ihren Job als Referentin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit kündigte. Dies war sicher eine mutige Entscheidung, nur wird damit gar nichts an den Mißständen geändert. Eine Lösung die nicht, da sie sie sicher auch nicht sieht.

Das Problem liegt im internationalen Kapitalismus, der ohne Rücksicht auf Menschenleben ganze Länder dabei zugrunde gehen, stört ihn nicht.

Eine negative Lösung ist es, zu sagen: „Wir spenden nichts mehr.“ Das trifft den Kern nicht. Was not tut, ist eine weltweite demokratische Planwirtschaft un-

## ter Arbeiterkontrolle.

Nur so kann das getan werden, was in dem jeweiligen Land sinnvoll ist. Im Interesse der Mehrheit der dort lebenden Menschen, nicht für den Profit von einigen wenigen. Es muß eine Welt geschaffen werden, in der alle Güter gerecht geteilt werden.

Dieses Buch ist eine wertvolle Diskussionsgrundlage. Es zeigt deutlich die Mißstände auf, ohne jedoch eine Lösung zu finden. Es ist jetzt unsere Aufgabe, diese Lücke zu schließen.

Titel: „Tödliche Hilfe“ von Brigitte Erler. Dreisam-Verlag, Freiburg i.Br. 13,80 DM  
Dorothea Kirschbaum, Köln  
SPD-Mitglied

**Die Hungerkatastrophen in Afrika in den letzten Jahren haben die Menschen in den europäischen Ländern geschockt. Spendenaktionen wurden durchgeführt, um Nahrungsmittelhilfe zu den Hungernden zu bringen. Doch der Hunger in der Sahara herrschen, vom westafrikanischen Senegal quer durch den Kontinent, bis nach Äthiopien und Somalia, werden langfristig nicht dadurch zu überwinden sein, daß Überschüsse aus der Landwirtschaft in den USA oder in den EG-Ländern nach Afrika geschickt werden.**

Die Nahrungsmittelhilfen kommen überwiegend der städtischen Bevölkerung zugute. Der Hunger wütet aber vor allem auf dem Lande. Die Folge ist, daß immer mehr Menschen in die Armutsviertel der Städte fliehen, und die Landwirtschaft wird immer mehr vernachlässigt. Weizen und Milchpulver sind keine afrikanischen Nahrungsmittel. Langjährige Hilfen haben die Ernährungsgewohnheiten verändert. Statt nährstoffreiche Hirse oder Mais selbst anzubauen, sind viele Länder inzwischen vom Import minderwertigen Weizens abhängig.

## Die Natur

Die natürlichen Lebensbedingungen in großen Teilen Afrikas haben sich verschlechtert. Großflächige Anlagen von Monokulturen haben die Feuchtigkeitbildung südlich der Sahara verringert. Riesengroße Abholzungen in den Quellbereichen der großen afrikanischen Flusssysteme und die Abholzung der tropischen Regenwälder haben zu weniger Regen geführt. Afrikas Bäume fallen nicht nur dem Brennholzbedarf zum Opfer. Auch die europäische Möbeldindustrie bezieht große Mengen wertvoller Hölzer aus den Waldgebieten westafrikanischer Hun-



Die griechische Bevölkerung sagt:

# Jetzt wollen wir Sozialismus!



Jubel nach dem Sieg der Sozialisten

Im härtesten Wahlkampf der griechischen Nachkriegsgeschichte, bei dem die bürgerlichen Meinungsforscher zwischen der regierenden PASOK (Panellenische Sozialistische Bewegung) und der konservativen Oppositionspartei ND (Neue Demokratie) ein Kopf an Kopf Rennen vorraussagten, hat die PASOK einen triumphalen Sieg erzielen können. Sie erreichte mit 45,8% der Stimmen und 161 von 300 Parlamentssitzen zum zweiten Male nach 1981 die absolute Mehrheit. Ein Ergebnis, das im Vergleich zu den Europawahlen von 1984 eine Steigerung von 4% bedeutet.

Die ND dagegen, die sich das Ziel gesteckt hatte, der ihr so verhassten PASOK-Regierung den letzten Schlag zu versetzen, erreichte gerade noch einen Stimmenanteil von 40,8% und 125 Parlamentssitze. Einen sehr großen Schlag aber mußte die Moskauer Arbeiterpartei hinnehmen, die nur einen Stimmenanteil von 9% und 13 Parlamentssitze erlangte. Die Ursache dafür, daß die PASOK einen derart klaren Sieg erringen konnte, obwohl es nach den Europawahlen von 1984 gar nicht danach aussah, ist in der politischen Entwicklung in Griechenland selbst zu suchen.

1981 übernahm die PASOK die Regierungverantwortung. Das gelang es ihr, mit einem sozialistischen Programm und überzeugenden Parolen, wie zum Beispiel: "Für ein unabhängiges Griechenland", "Raus aus EWG", "Verstaatlichung

chung", die Mehrheit des griechischen Volkes zu begeistern und ihr Vertrauen zu gewinnen. So kam es, daß die erst seit 1974 existierende Junge PASOK bei den Wahlen von 1981 einen überwältigenden Sieg mit 48% der Stimmen und 171 Parlamentssitzen erzielte. Mit der KP zusammen waren es sogar 60% für die Linke. Ein Ergebnis, das zum ersten Mal in der Geschichte der griechischen Arbeiterbewegung von der Linken erreicht wurde. Die arbeitende Bevölkerung hoffte durch die Wahl dieser linken Regierung ihren Lebensstandard zu verbessern.



Papandreou

Aber wie sooft in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung: wenn es darauf ankam, das Programm und die Versprechungen in die Tat umzusetzen, kniff die Führung, statt die Aufgaben in Angriff zu nehmen. So auch in Griechenland. Als die regierende PASOK einige Verbesserungen durchsetzte, wie etwa die Rentenerhöhung und die Einführung der gleichen Lohnskala, begann die bürgerliche Klasse durch den Staat-

spräsidenten, die PASOK-Führung unter Druck zu setzen.

Nach der damaligen griechischen Verfassung nämlich, die von der unternehmerfreundlichen ND im Jahr 1975 verabschiedet wurde, besaß der Staatspräsident besondere Machbefugnisse. Er konnte jederzeit, wenn etwa die Situation für das Kapital brenzlich wurde, das Parlament auflösen und Neuwahlen ausrufen. Und die bürgerliche Klasse hatte dafür gesorgt, daß hestehenden Person besetzt wurde, nämlich dem „Gründer und Retter der griechischen Demokratie“, Konstantin Karaman-

lis. Daß dies noch kurz vor den Wahlen von 1981 geschah, war kein Zufall. Vor diesen Hintergrund, und getrieben von einer panischen Angst, ihre materiellen Privilegien zu verlieren, machte die PASOK-Führung an die bürgerliche Klasse ein Zugeständnis nach dem anderen. So verwandelte sich die „linke“ PASOK-Führung unter Papandreou in ein Anhängsel des Kapitals. Die logische Schlussfolgerung daraus war, daß sich Unmut, Unzufriedenheit und Enttäuschung in den Reihen der PASOK und in einem großen Teil der Bevölkerung breitmachte.

Zur gleichen Zeit trommelte die bürgerliche Klasse all ihre Kräfte zusammen, die die Situation erkannt hatten und ihre Chance witterten, die Sozialisten jetzt loszuwerden und eine neue Offensive gegen die Arbeiterklasse zu starten. Direkt im Ge-

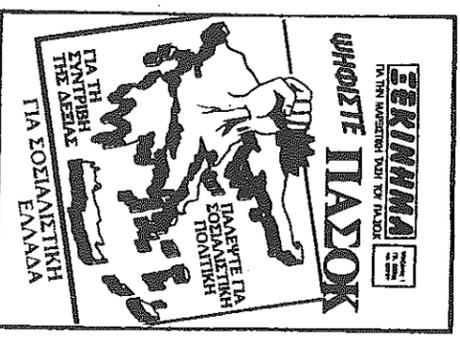
genzug antwortete die Arbeiterklasse mit Streiks. Die Probleme PASOK-Regierung keine Lösung anbieten konnte. Das führte dazu, daß die PASOK bei den Europawahlen von 84 einen Verlust von fast 7% der Stimmen hinnehmen mußte. Die NP hingegen konnte ihre Differenz zu der PASOK von 12,5% auf nur 3% verringern.

Das bürgerliche Lager schien im Moment das politische Heft an sich zu reißen. Währenddessen ließ sie den Parteivorsitzenden der ND, Evangelos Averof, der das griechische Volk schon während der Militärdiktatur 1967-74 das Volk blutig unterdrückte, ab danken und an seiner Stelle wurde Konstantin Mitsotakis gewählt. Ein Mann, der während seiner politischen Laufbahn dem Kapitalismus immer treu geblieben ist. Konstantin Mitsotakis sollte also als „Anziehungspol für das Volk“ in der Zeit bis zu den Parlamentswahlen die ND nach außen vertreten.

Inzwischen wurde die PASOK-Führung unter dem Druck der Bürgerlichen auch dazu überredet, bei den Präsidentschaftswahlen, die im Mai '85 stattfinden sollten, Karamanlis wiederzuwählen. Als es allgemein bekannt wurde, daß die PASOK-Führung den konservativen Karamanlis wieder zum Amt des Staatspräsidenten nominieren würde, entwickelten sich bei der PASOK-Basis Unruhe und starke Proteste. Zu Beginn und im weiteren Verlauf dieser Protestwelle spielten die Marxisten in der PASOK um die Zeitung XEKINIMA eine sehr bedeutende Rolle. Die Protestwelle rollte über ganz Griechenland. Die arbeitenden Massen fingen an, innerhalb ihrer Organisationen nach Wegen zu suchen, die im März dieses Jahres fallende Entscheidung der PASOK-Führung umzuändern.

### Xekinima organisierte Demonstrationen

Keine der Arbeiterorganisationen vermochte den Mitglieðern und Arbeitern eine Lösung aufzuzeigen. Die Moskauer-treue KP zum Beispiel kündigte an, sich bei den Präsidentschaftswahlen der Stimme zu enthalten, falls die PASOK-Führung bei ihrer Entscheidung bliebe. Dies ist ein wichtiger Grund dafür, daß die KP bei den letzten Wahlen so schlecht abgeschnitten hat. Die Vorsitzenden der jeweiligen Ortsverbände der PASOK sollten bei der Basis diese Entscheidung ihrer Führer verfechten. Die Basis reagierte aber mit so großer Empörung darauf, daß sie sogar in einem Fall den Vorsitzenden aus dem Versammlungsraum schmiß. Es schien, als ob die Arbeiterbewegung diesen Kampf verlieren würde, da auch die KP-Inland (Eurokommunisten) Karamanlis und die PASOK-Führung kritikalos unterstützten. Aber die marxistische Tendenz



In der PASOK um XEKINIMA verlangte weiterhin seine Abwahl. Das war durchaus möglich, denn PASOK und KP zusammen hatten 185 Parlamentssitze, und für die Abwahl reichten schon 181 Stimmen. XEKINIMA startete schon Monate vor den Präsidentschaftswahlen eine Kampagne gegen Karamanlis und für die Normierung eines linken Kandidaten. Ständig wurde innerhalb der PASOK und durch Straßenaktionen darauf aufmerksam gemacht. XEKINIMA organisierte Demonstrationen, zu denen mobilisiert wurde, um die Proteste auf ihre Forderung zu konzentrieren.

Die Resonanz war sehr groß. Tausende von Arbeitern, Frauen und Jugendlichen nahmen an diesen Demonstrationen teil. Der Druck auf die PASOK-Führung wurde immer stärker, so daß sie Angst bekam, die Kontrolle über ihre Basis zu verlieren. Dieser Druck war die Ursache dafür, daß sich die PASOK-Führung in letzter Minute gegen Karamanlis stellte und statt dessen Saratzakis vorschlug und wählen ließ. Das Ergebnis dieser Entscheidung zeigte sich in den letzten Parlamentswahlen.

Wirtschaft steht vor dem Bankrott. Die Auslandsschulden betragen zur Zeit 14 Mrd. Dollar. Es herrscht eine Inflationsrate von 20% und 315.000 Arbeiter sind arbeitslos. Trotzdem wäre es zu diesem Zeitpunkt von Seiten der bürgerlichen Klasse sehr gewagt, einen Militärputsch zu organisieren. Dies hätte zur Folge, daß sich die schon im Aufmarsch befindliche Arbeiterklasse noch mehr radikalisiert und die PASOK noch mehr nach links getrieben würde. Dann wäre es möglich, daß die PASOK ihr Programm durchsetzt und damit die griechische Bevölkerung vom Joch des Kapitalismus befreien könnte.

Dazu muß die PASOK-Führung aber bereit sein, wie es die Basis und auch XEKINIMA seit Jahren fordern, mit dem Kapital endgültig zu brechen. Mit der Wahl Saratzakis zum Staatspräsidenten ist der erste Schritt in diese Richtung getan, jetzt müssen weitere folgen.

Stavros Pettefoglou, Aachen  
Jungsozialist

## Internationale Streiks

### Mai 85

**Schweden** Anfang Mai streikten 20.000 Staatsbedienstete. Die Gewerkschaft forderte 3,1% mehr Gehaltswirkend von 1984 an, die sozialdemokratische Regierung bestand auf 2%, und das erst ab 1986.

**El Salvador** Ende Mai treten 4.000 Arbeiter der staatlichen Kanalisation in den Hungerstreik, nachdem sie schon eine Woche gestreikt hatten. Sie forderten die WiederEinstellung von 49 entlassenen Kollegen.

### Juni 85

**Argentinien** Nachdem schon im Mai ein Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik von Alfons-

sin stattgefunden hatte, kam es im Juni zu weiteren Streiks. Par meiner Unruhe im ganzen Land. Der Grund: Der Internationale Währungsfonds fordert, daß die Löhne nicht mehr als 90% der Inflationrate des Vormonats betragen dürfen (die Inflationsrate liegt derzeit bei 25% pro Monat), und gleichzeitig werden die Preise freigegeben.

**Israel** Streikwelle in fast allen Bereichen der Wirtschaft. Grund: Die Regierung schreibt bei einer monatlichen Inflationsrate von 20% die Löhne und Gehälter fest.

**Spanien** Wegen der Reform der Sozialversicherungen durch die „sozialistische“ Regierung kam es zu einem 24-stündigen Generalstreik, dem ersten seit 40 Jahren.

KONTAKT ADRESSE:  
 DOMINIQUE HOF  
 LINDENBERG STR. 2  
 61574 RAICKENBACH  
 TEL.: 06307/4575

# VORAN SPD-Alleinregierung

Nach dem überwältigenden Wahlsieg der SPD in Nordrhein-Westfalen und im Saarland ist auch eine absolute SPD-Mehrheit bei der nächsten Bundestagswahl möglich. Allerdings wäre allein dadurch noch nicht gewährleistet, daß nun tatsächlich massiv Arbeitslosigkeit und Umweltbelastung abgebaut werden. Noch vor wenigen Jahren betrieben ja gerade auch SPD-geführte Bundesregierungen unter dem Druck der konzerne Sozialabbau, Aufrüstung und Atompolitik und machten somit die alten sozialdemokratischen Reformprogramme zu wertlosen Fetzen Papier.

Zweieinhalb Millionen Arbeitslose und die Umwelt können darüber hinaus nicht noch bis Frühjahr 1987 warten, wenn die nächste Wahl fällig ist. Die Kohlregierung hat das Vertrauen der Mehrheit verloren und muß so schnell wie möglich zu Fall gebracht werden. Die Kampagne für Neuwahlen mit dem Ziel einer SPD-Alleinregierung muß ab sofort beginnen.

Wie könnte eine solche Kampagne aussehen?

**1. Offensive Oppositionspolitik**  
 Zunächst muß die SPD-Führung eine offensive Oppositionspolitik betreiben.

Bei manchen Problemen, z.B. in der Rentenfürage, hat die SPD-Fraktion ursprünglich sogar ihre Mittelfürge angeboten. Sogar kann nur bedeuten: Mitverantwortung für Kürzungspolitik auf sich zu laden. Die SPD-Führung muß jede Kürzungsmaßnahme, jeden Angriff auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung bekämpfen. D.h. sie muß das Parlament als Tribüne im Kampf gegen die Bundesregierung nutzen, aufklären, die Parteilisten informieren und für öffentliche Aktionen vor Ort mobilisieren, über die AFA mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten.

**2. Sozialistische Alternativen aufzeigen**

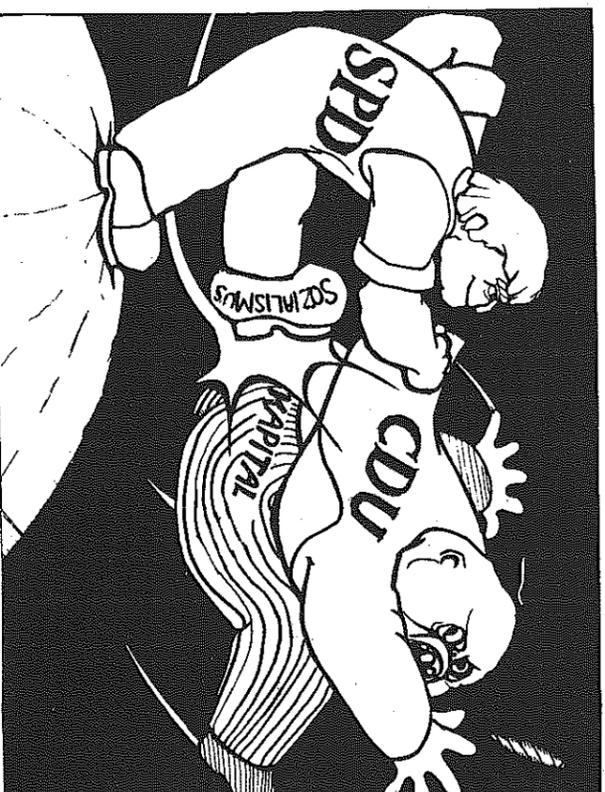
Die SPD kann aber nur glaubwürdig sein, wenn sie auch klare Alternativen zur Regierungspolitik aufzeigt. Die Diskussion um ein neues SPD-Grundsatzprogramm geht diesen Herbst in eine wichtige Phase. Es darf sich nicht in vagen Allgemeinplätzen über Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erschöpfen. Vor allen Dingen darf es kein Programm für Sonntagsreden sein, das in der Tagespolitik vergessen wird. Das Programm muß eine sozialistische Perspektive aufzeigen, die durch eine SPD-Regierung mit absoluter Mehrheit umgesetzt werden kann.

Nur für ein umfassendes sozialistisches Programm können die Anhänger mobilisiert und neu hinzugewonnen werden. Ein solches Programm muß mit dem Kapitalismus brechen. Denn alle Erfahrungen mit sozialistischen Alleinregierungen in Europa (Spanien, Frankreich, Portugal, Griechenland) haben gezeigt: Wenn man im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft bleibt, dann nützen auch einige Entlohnungen nichts. Früher oder später wird man durch die Herrschenden zu kapitalistischer Krisenverwaltung und Kürzungen gezwungen.

**3. SPD-Basissen nutzen**

Nach den Wahlsiegen in NRW und im Saarland müssen diese Landesregierungen die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen. Natürlich können die grundlegenden wirtschaftlichen Probleme nicht in einem Bundesland

wirtschaftlichen stehen. Ansatzpunkte gibt es mehr als genug: Vor allem das neue Beschäftigungsförderungsgesetz und die geplanten Änderungen im Betriebsverfassungsgesetz. Beides zielt darauf ab, die Gewerkschaften zu schwächen und die Stel-



## Sozialistisches Programm

- Für die Überführung der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum; die Mehrheit der Wirtschaft (rund 200 Konzerne) muß aus der profitorientierten Marktwirtschaft herausgenommen werden. Entschädigung wird nur gezahlt auf der Grundlage erwiesener Bedürftigkeit.
- Zusammensetzung der gewählten Leitungsorgane in den verstaatlichten Wirtschaftsunternehmen:
- 1/3 Vertreter der Belegschaft
- 1/3 Vertreter der Gewerkschaften
- 1/3 Vertreter des Staates
- Planung der Wirtschaft entsprechend den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung; Aufbau einer demokratischen Planwirtschaft, in deren Leitungsorganen folgende Prinzipien herrschen müssen:
  - jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre
  - kein Funktionär darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

schafft) und regiert die SPD insgesamt fünf Bundesländern (Hamburg, Bremen, NRW, Saarland, Hessen). Hier kann auch auf Landesebene einiges geschehen: Umlagefinanzierung der Unternehmer für mehr Ausbildungsplätze, verschärfte Umweltschutzbestimmungen, Wohnungsbauprogramme, Umwelteinvestitionen, die Arbeitsplätze

schaffen. Für solche Maßnahmen müssen die Unternehmer zur Kasse gebeten werden, zusätzlich zum Kampf um Bundeszuschüsse. Allen Kürzungen durch die Bundesebene müssen sich die SPD-regierten Länder prinzipiell widersetzen. Notfalls sollten die

**4. Zusammenarbeit mit DGB**

Neben der Mobilisierung der eigenen Partei bis hin zum letzten Ortsverein muß eine enge

Parteiliche Bezahlung für Arbeitslose, Kürzung des Krankengeldes, Kürzung des Jahresurlaubes und was die Herren Bangemann, Hausmann und Lambsdorff sich noch alles ausdenken mögen, besonders in Anbetracht einer nächsten weltweiten Rezession, die schon in diesem Winter spürbar werden kann.

**5. Mobilisierungshöhepunkt:**

**DGB-Demo**

Der Widerstand gegen die arbeitnehmerfeindliche Politik der Bundesregierung muß endlich auf die Straße getragen werden. Die vom DGB für den Herbst geplanten Demonstrationen bieten dazu eine gute Gelegenheit. Sie sollten der Höhepunkt einer Mobilisierungskampagne gegen die Bundesregierung sein.

SPD und Gewerkschaften müssen die nächsten Monate zur Aufklärung nutzen und ihren gesamten Apparat in die Waagschale werfen. SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz und Fraktionschef Vogel haben vor einiger Zeit beklagt, die SPD sei nicht mehr „kampagnefähig“, sie hänge sich nur an andere Bewegungen an. Hier ist eine Gelegenheit, breiten Schichten der Bevölkerung eine sozialistische Perspektive aufzuzeigen und dafür zu mobilisieren.

Die Kundgebungen im Herbst müssen Hunderttausende auf die Straße bringen; die SPD muß ein großes Kontingent in den Demonstrationen stellen. Das selbst gilt für die Jusos. Eine mehronatige Kampagne zur Jugendarbeitslosigkeit (z.B. unter Schulabgängern, vor Berufsschulen, vorm Arbeitsamt) des gesamten Bundesverbandes mit dem Ziel einer Mobilisierung junger Arbeitnehmer, Arbeitsloser, Azubis für die Demonstrationen brähte nicht nur einen ein-drucksvollen Beitrag zu den Kundgebungen, sondern auch neuen Schwung bei den Jusos, mehr Aktive und eine bessere Verankerung bei der arbeitenden Jugend.

**6. Mobilisierungshöhepunkt:**

**Landtagswahl**

**Niedersachsen 1986**

Natürlich reichen diese Kundgebungen alleine nicht aus, das haben schon die Friedensdemos

gezeigt. Die Kampagne muß danach weitergehen und in dem nächsten Jahr einen neuen Höhepunkt finden. Die SPD-Führung sollte schon jetzt daran vorberaten, hier einen Wahlkampf mit Hilfe von aktiven und freiwilligen Helfern aus dem ganzen Bundesgebiet zu organisieren. Durch massiven Einsatz der Konzentration der Kräfte müssen die Genossen in Niedersachsen unterstützt und möglichst viele Haushalte mit sozialistischen Ideen erreicht werden.

Die Niedersachsen-Wahl kann entscheidend sein. Nicht nur weil bei einem SPD-Wahlsieg der schwarze Mehrheit im Bundesrepublik würde — eine weitere Niederlage der Bonner Regierungsparteien auch in diesem Bundesland könnte der christlichen Koalition in Bonn der Totstoß versetzen. Schon jetzt werden die inneren Widersprüche nur mühsam zugekleistert und daß Neuwahlen entgeg dem „Geist des Grundgesetzes“ möglich sind, haben die Bonner Parteien schon zweimal bewiesen. 1972 und 1982 führten Mißtrauensvoten zur Auflösung des Parlaments.

**7. Politischer Streik**

Sollte der Stimmzettel-Erscheid in Niedersachsen (wenn er zugunsten der SPD läuft) nicht ausreichen, muß auch die Möglichkeit eines politischen Streiks in Betracht gezogen werden. Der grundgesetzlich verankerte Verbandsrecht wurde von der IG-Metall bereits jetzt wegen der Angriffe auf das Betriebsverfassungsgesetz ins Feld geführt. Weitere Angriffe auf gewerkschaftliche Rechte stehen bevor. Wir müssen alles dafür tun, diese Regierung so früh wie möglich loszuwerden. Die ob skizzierte Kampagne kann dazu führen — entscheidend aber sind die glaubwürdigen Inhalte und Personen, die Basis und Anhänger davon überzeugen, daß lohnt für eine absolute Mehrheit in der SPD zu kämpfen, weil ein sozialistisches Programm vertritt und die Umsetzung eingeschlossen in Angriff nehmen wird.

Angela Bankert, Köln  
 Jungsozialistin

# VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft

Erscheint im zehnten Jahrgang

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln  
 Telefon: 0221/ 13 45 04

Bankverbindung: Pscha Essen, Konto Nr. 2500 59-430

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
 Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Ollinger  
 Druck: Farbo-Druck, Bischofsweg 48-50, 5000 Köln

**Ich möchte VORAN abonnieren...** und habe 9,60 DM auf das Postcheckkonto VORAN zur sozialistischen Demokratie, Nr. 250059-430, Pscha Essen überwiesen (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung erfolgt ab Nr. 78 nach Zahlungseingang.

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_